

1	Publikationen zum Beginn des Ersten Weltkrieges
6	Die Friedenskonferenz 1914 in Konstanz
8	Die Folgen des Ersten Weltkrieges in Österreich
9	Friedensdiplomatie seit Ende des Kalten Krieges

12	Das grosse Gripen-Argumentarium zum 18. Mai
16	Der grosse Marsch für Gerechtigkeit in Indien
20	Die Waffenausfuhrstatistik 2013
22	Nanotechnologie und Militär

1914 – 2014: Publikationen zum 'Jubiläum' des Ausbruchs des Grossen Europäischen Krieges

100 Jahre seit Beginn des Ersten Weltkrieges

In diesem Jahr jährt sich Anfang August zum 100. Male der Beginn des Ersten Weltkrieges. Unzählige Gedenkveranstaltungen in allen von der Urkatastrophe Europas betroffenen Ländern werden in den nächsten Monaten stattfinden, unzählige Publikationen begleiten das Erinnerungsjahr. Wir haben uns vier Darstellungen über die Vorgeschichte und den Ablauf des Grossen Krieges angeschaut und weisen auf weitere Bücher hin, die sich mit der Schweiz in den Krisenjahren 1914 bis 1918 beschäftigen. Wir werfen einen Blick über die Grenze nach Österreich und die Folgen, die der Krieg dort zeitigte. Ausserdem beschreiben wir einen fast unbekannteren Friedenskongress, der vom 1.–3. August 1914 in Konstanz stattfand und zur Gründung des Internationalen Versöhnungsbundes führte.

/ Peter Weishaupt /

Der Erste Weltkrieg war alles andere als aus heiterem Himmel gekommen, auch wenn sich in den Vorkriegsjahren wohl kaum jemand vorstellen konnte, wie gross und langdauernd sich das allgemeine Schlachten in ganz Europa und darüber hinaus in den vier Jahren von Mitte 1914 bis November 1918 entwickeln würde. Die sich zuspitzenden Konflikte an den Rändern des zusammenbrechenden osmanischen Reiches, die zu kolonialistischen Interventionen in Nordafrika führten und in den ersten beiden nationalistisch geprägten Kriegen auf dem Balkan 1912 und 1913 gipfelten, liessen eine allgemeine Kriegsfurcht vor den sich zuspitzenden Interessenkonflikten in dem von imperialistischen Mächten dominierten Europa und ihren drohenden Weiterungen stark anwachsen.

Die grosse Unruhe im Angesicht des drohenden Krieges

Sie trieb etwa im November 2012 Hunderttausende von Demonstranten auf die Strasse und zu Friedensveranstaltungen und führte am 24. November 2012 zum legendären

Friedenskongress der zweiten sozialistischen Internationale zur Verhinderung des Krieges in Basel. Wir haben in der zweiten und dritten Ausgabe der FRIEDENSZEITUNG vom September und Dezember 2012 über den damaligen Gedenk Anlass im Basler Münster und den gleichzeitigen wissenschaftlichen Kongress dazu berichtet und empfehlen nach wie vor den dazu erschienenen Sammelband *Gegen den Krieg – Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*. Er enthält nicht nur den Bericht über den Anlass, der die Crème de la crème der damaligen Führer der Arbeiterbewegung zusammenbrachte und eine europaweite Ausstrahlung hatte, sondern auch über die Debatten um Krieg und Frieden in der Internationale und auch deren Scheitern, die zwei Jahre später im Angesicht des nationalen Taumels auf allen Seiten erfolgte.

Es sind zwar zwei gewichtige Werke mit jeweils fast 900 Seiten, die aber für Interessierte einen umfassenden, doch konzentrierten und vor allem in bester Historikertradition gut lesbar geschriebenen Überblick über den Zusammenstoss der europäischen Grossmächte mit all ihren Folgen liefern – der «ersten Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Grosse Krieg, aus der sich alle folgenden Katastrophen ergaben», wie der amerikanische Historiker Fritz Stern schrieb. Dabei empfiehlt es sich, zuerst das Buch des australischen Historikers Christopher Clark in die Hände zu nehmen. *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* ist zwar im deutschen Sprachraum nicht unumstritten, weil es dem deutschen Kaiserreich nicht wie bisher verbreitet die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges gibt.

Eine gewisse Relativierung der deutschen Alleinschuld

Tatsächlich relativiert Clark diese 'Ur-Schuld' recht unbekümmert, wenn auch keineswegs zweifelsfrei. Dies hat aber erstens den Vorteil, dass die Verantwortung und Mitschuld am Ausbruch, Verlauf und den verheerenden Folgen des europäischen Gemetzels nicht einfach auf ein klar zu fassendes absolutes Böses, die militaristische, sich im Aufstieg befindende kaiserliche Grossmacht, zu reduzieren und damit allzu einfach zu erklären ist. Und die andern Beteiligten mehr oder weniger nachhaltig entlastet – mit all den verheerenden Folgen des Umgangs mit dem unterlegenen Erzfeind vier Jahre später.

Denn unbestreitbar ist, dass der Versailler 'Friedensvertrag' von 1919 über das besiegte Deutschland und seine Verbündeten, das dessen alleinige Kriegsschuld festhielt, immens hohe Reparationszahlungen vorschrieb (die letzten Schuldzinszahlungen erfolgten noch bis zum 3. Oktober 2010!), die vollständige Aufgabe seiner Kolonien sowie erhebliche Gebietsabtretungen

Fortsetzung nächste Seite



Erinnerungstage als Ritual oder Denkanstoss?

Dieses Jahr wird nicht nur in allen Ländern Europas, insbesondere in Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Russland an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren am 1. August 1914 und seine Folgen erinnert. Mit unzähligen Publikationen, Filmen, Fernsehproduktionen (SRF hat eine Serie zur Schweiz in dieser Zeit angeordnet), Veranstaltungen, Aufmärschen und Reden von PolitikerInnen aller betroffenen Länder. Und mit einer Bilderflut, obwohl es von der eigentlichen Kriegsrealität trotz der vierjährigen Kampfzeit sehr wenige gibt, die meisten sind zudem aus Propagandagründen manipuliert und gestellt. Auch am 1. September wird erinnert werden, ebenfalls an den Beginn eines Weltkrieges, diesmal zum 75. Mal an den zweiten. Und am 9. November wird der Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren gefeiert werden.

Während das Rückbesinnen auf den Ersten Weltkrieg noch einigermaßen Sinn macht, auch wenn die zu erwartenden Friedensbeteuerungen wohlfeil und der allgemeine Erkenntnisgewinn bescheiden ausfallen dürfte, scheint das Gedenken an Hitlers Überfall auf Polen vor einem Dreivierteljahrhundert doch schon viel fragwürdiger und droht zu einem weiteren lukrativen Fest für die Medien zu regredieren. Was will man denn noch damit? Sich auf das 80-jährige, das 85-jährige, das 90-jährige 'Jubiläum' einstimmen?

Und so wichtig und zentral das Ende des Kalten Krieges und die Umwälzungen in Osteuropa vor 25 Jahren auch waren – so historisch und damit entsorgt ist diese Zeit nun auch wieder nicht geworden. Obwohl für jene, die die geistige Enge und Beschränktheit vorher noch erlebten, kaum etwas so entfernt erscheinen dürfte wie der Kalte Krieg zwischen den Blöcken, der die meisten Probleme der Welt weitgehend zu übertünchen gewusst hatte. Daran ändert selbst die jetzige Auseinandersetzung um die Krim wenig.

Kommt dazu, dass auch fragwürdige Analogien zu früheren Zeiten gezogen werden. Behauptet wird etwa, dass unsere Zeit solche bezüglich der Vorkriegssituation vor hundert Jahren aufweise. China sei eine aufsteigende Grossmacht, die ähnlich wie das kaiserliche Deutschland imperiale Ansprüche gegenüber seinen Nachbarn habe. Doch ist die Situation mit dem alten Europa nicht zu vergleichen und geht vom gleichen fatalistischen Denkfehler aus, ein grosser Krieg in Asien sei früher oder später unausweichlich. Auch wenn das System der kollektiven Sicherheit durch die UNO alles andere als vollkommen ist, zusammengebrochen ist es im Gegensatz zum seinerzeitigen Völkerbund nicht.

In der Schweiz wäre eine gewisse Besinnung jedoch nicht verboten. Dass nach zwei so verheerenden Kriegen des Jahrhunderts seit Jahrzehnten kein Land in Europa mehr gegen das andere gekämpft hat, verdanken wir der europäischen Einigung. Dieses Kernelement der EU wird hierzulande konsequent ausgeblendet, die Europadiskussion beschäftigt sich nur damit, ob die EU uns wirtschaftlich nützt oder nicht. (pw)

Fortsetzung von Seite 1

wie Elsass-Lothringen oder Westpreussen verlangte, den Keim künftiger Konflikte in sich trug (wenn er auch keineswegs hauptverantwortlich an der revanchistischen Rache der Nationalsozialisten nur gerade zwanzig Jahre später war).

Der Kriegsausbruch war weder 'natürlich' noch unausweichlich

Zweitens rückt Clarks These die Folgen des nationalistischen Fanatismus auf dem Balkan, vor allem, aber nicht nur im Hinblick auf die Serben, entgegen zeitweiser Relativierungen zu Recht wieder ins Zentrum, ohne eine neue 'Hauptschuld' aufzuwerfen. Und drittens wohl am Wichtigsten: Entgegen vor allem marxistischer Theorien vom unausweichlichen, sogenannten natürlichen Zusammenprall imperialistisch-kapitalistischer Interessengegensätze, die nur durch Krieg zu 'lösen' sind, bestreitet Clarks Vorgeschichte des Krieges gerade die fatale fatalistische Behauptung einer Unausweichlichkeit der weltumfassenden Katastrophe.

Dieser Krieg war wie die meisten weder 'nötig' noch unausweichlich, auch wenn Clarks Geschichte sehr stark auf das Versagen der staatlichen und diplomatischen Verantwortlichen (der 'Schlafwandler') und weniger auf die innergesellschaftlichen Konflikte und Krisen fokussiert. Man kann sich heute nicht im Geringsten mehr vorstellen, wie die europäische Welt in dieser Gemengelage vor dem Krieg beschaffen war und wie sehr sämtliche diplomatischen Mechanismen – im Nachhinein gesehen – versagten und auf den Krieg hinausliefen. Dabei waren die meisten adligen Herrscherhäuser miteinander verwandt, sei dies nun die englischen Könige, die deutschen Kaiser oder die russischen Zaren. Diese ganze alte Welt sollte im Laufe des Krieges, da das Ringen in Wirklichkeit keine Sieger, sondern nur Hunger, Elend und Zerstörung hinterliess, untergehen. Aber unausweichlich war diese Entwicklung keineswegs.

Clarks Darstellung ruft jedoch in Erinnerung, wie jahrzehntelange ungelöste Konflikte,

te, machthungriger Kolonialismus, z.B. die Auseinandersetzungen zwischen England und Frankreich um Marokko oder der Eroberungskrieg der Italiener im Herbst 1911 gegen Libyen (mit haargenau der gleichen Begründung, ihre Bürger schützen zu müssen, wie sie Putin heute auf der Krim anwendet) und allgemeine Aufrüstung statt Deeskalation zur gegenseitigen Verunsicherung beitrugen. Z.B. die Ausweitung der französischen allgemeinen Wehrpflicht von zwei auf drei Jahre kurz vor dem Beginn des Krieges oder die Offensiv-'Verteidigungspläne' der deutschen Militärs, vor allem aber der sogenannte Schlieffen-Plan zum Angriff auf Frankreich, aber auch diejenigen der Franzosen und Russen. Besonders fatal wirkten sich da etwa die deutschen Einkreisungsängste aus. Man fürchtete nicht nur die Bündnisse des Gegners, sondern berechnete, wann deren militärische Überlegenheit die wirtschaftlichen und kolonialen Ambitionen des Reiches definitiv gefährden könnten, weshalb ein vermeintlicher Zwang zum 'Präventivkrieg' im militärischen Adel zur realen Option wurde.

Der Beginn des grossen Schlachtens

Am Beginn des Krieges standen sich zwei mehr oder weniger lockere Bündnisse gegenüber, einerseits die «Entente cordiale», das «herzliche Einverständnis» von Frankreich und England, 1904 als Abkommen geschlossen, um die Interessenkonflikte der beiden Länder um ihre afrikanischen Kolonien zu managen, 1907 erweitert um das ebenfalls koloniale Gelüste empfindende Russland zur Triple Entente, der sich 1917 auch die USA anschlossen. Im Laufe des Krieges verbündeten sich mit dieser auch Italien, Serbien, Rumänien und Griechenland. Ihnen gegenüber standen die sogenannten Mittelmächte Österreich-Ungarn, das kaiserliche Deutschland sowie zu Beginn Italien, zusammen mit dem Osmanischen Reich.

Als Auslöser des Krieges gilt das Attentat serbischer Nationalisten auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau bei einem Besuch in Sarajewo am 28. Juni 1914. Einen Monat später erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg, worauf Russland, mit Serbien verbündet, am gleichen Tag die Generalmobilmachung verkündete. Drei Tage später, am 1. August, erklärte Deutschland Russland den Krieg und griff auch Luxemburg und Belgien im Westen an. Am 4. August trat wegen des Bruches der Neutralität dieser Länder Grossbritannien in den Krieg ein.

Der festgefahrene Krieg

Nach dieser Vorgeschichte beschreibt der deutsche Historiker Herfried Münkler in *Der Grosse Krieg – Die Welt 1914 bis 1918* den Ablauf und vor allem die Weiterungen des Krieges. Das meiste dürfte zwar mehr oder weniger bekannt sein, eine zusammenhängende Darstellung des vermeintlich kurzen Kriegsabenteuers, das vor allem in den deutschen und österreichischen Medien sowie bei Intellektuellen und Studenten euphorisch erhofft worden war, ist trotzdem aufschlussreich.

Die anfänglichen Erfolge der deutschen Armee an der Westfront kamen schnell zum Erliegen und schon nach wenigen Wochen gerann der Krieg an einer 700 km langen Front vom Ärmelkanal bis an die schweizerische Grenze bei Basel und in den österreichisch-italienischen Alpen zu einem Stellungs- und

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Tel. +41 (0)44 242 93 21

info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch
PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler, Ullrich Jahn, Stefan Karner, Christian J. Meier u.a. Bilder: Titelseite Cover «Der Grosse Krieg» (bearb.), Seite 5: Luojie, Seite 9: Emad Hajjaj, Seite 11: Olle Johansson, Seite 11: Wikipedia, Seiten 12-15: Komitee Gripen-nein.

Druck: gdz AG, Zürich.

Auflage: 2000 Ex., März 2014

Die Friedenszeitung erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



Grabenkrieg, bei dem sich unter ungeheuren Verlusten errungene wenige Meter Geländegewinne kurz darauf wieder auflösten und der bis zum bitteren Ende am 11. November 1918 mit einem von Deutschland unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen dauerte. Bereits ein halbes Jahr vorher hatten die Deutschen am 3. März in Brest-Litowsk mit den Inzwischen in Russland an die Macht gelangten bolschewistischen Revolutionären einen Waffenstillstand vereinbart. Die Entlastung an der Ostfront brachte aber keinen Vorteil im Westen, zu sehr war das Kaiserreich erschöpft, bis die ersten Marinesoldaten in Kiel zu revoltieren begannen, was in der Folge zur Abdankung des Kaisers führte.

Die dumme Mär vom emanzipatorischen Charakter des Krieges

Zwar ist die Mär vom Krieg als vermeintlichem Vater aller Dinge auch Jahrhunderte nach ihrer Erzählung nicht einleuchtender geworden, so etwa die Behauptung, der Erste Weltkrieg habe wesentlich zur Emanzipation der Frauen oder zur Befreiung der geknechteten Arbeiterklasse beigetragen – die von der Front übriggebliebenen und zurückkehrenden Männer setzten schnell wieder die alte Hierarchie im Hause durch und die russische Revolution versank rasch in einem Bürgerkrieg, der mehr Opfer unter den Russen als der Grosse Krieg selbst forderte und zur Diktatur über und nicht für die Arbeiterklasse führte – doch hat er zweifellos die Auflösung des alten Kriegstums befördert.

Die insgesamt auf mehr als 17 Millionen geschätzten Toten des Weltkrieges starben allesamt weder tapfer noch ruhmreich (das taten sie auch in den früheren, etwa napoleonischen Kriegen schon nicht), sondern in der Regel als ordinäres Kanonenfutter in einem elenden Graben oder durch Hunger und Entbehrung durch Grippe und andere Krankheiten geschwächt. Leider etwas zu kurz gerät dem Autor der Blick darauf, dass der Erste Weltkrieg nicht nur auf europäischem Boden, sondern zu erheblichen Teilen auch in Afrika, Asien und Ozeanien ausgetragen wurde. Und dabei Millionen von Kolonialsoldaten vor allem von Grossbritannien und Frankreich eingesetzt wurden, die sie in in ihren afrikanischen Kolonien rekrutierten – oft durch Zwangsrekrutierungen.

Die Industrialisierung des Krieges

Münkler beschreibt (nochmals) die 'sinnlosen' jahrelangen Schlachten und Stellungskriege an der Westfront und ihren vernichtenden Höhepunkten auf allen Seiten wie die Kämpfe an der Marne, um Verdun, an der Somme oder in Flandern. Der lange Krieg liess nicht nur frühere kriegsentscheidende Ausrüstungen und Waffen obsolet werden – Pferde waren bald nur noch zum Fressen zu gebrauchen, Gewehre oder Bajonette wurden samt ihren Trägern von der immer wirksameren Artillerie mit Kanonen, Granaten und Kartätschen ausmanövriert. Und rasch beförderte der Krieg den Einsatz der industriellen Entwicklung und Produktion zur Vernichtung der männlichen Körper.

Erstmals kamen chemische Produkte in verschiedenen gasförmigen Zuständen zum Einsatz (im übrigen nicht allein von den Deutschen, die Franzosen waren ihnen da etwas zuvor) und wurden während des Krieges immer perfektionierter. Das gleiche galt für viele



Gedenkstein für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Deutschen auf dem Züricher Zentralfriedhof Sihlfeld (Foto: Weishaupt)

weitere industrielle 'Errungenschaften', so natürlich für Flugzeuge, die Bomben abwerfen konnten, Unterseeboote, vor allem bei den Deutschen, die zeitweise die englische Marine und Handelsschiffahrt lahmzulegen drohten, oder gepanzerte Fahrzeuge, die sich zu eigentlichen Panzern entwickelten. Münkler beschreibt eindrücklich, wie sehr der Erste Weltkrieg Geburts- und Entwicklungshelfer moderner militärischer Zerstörungsmittel war. Doch keineswegs nur für diese, er wies auch auf die Schrecken des anschliessenden, nun Zweiten genannten Weltkrieges hin. Etwa mit dem Terror deutscher Militäreinheiten gegen die Zivilbevölkerung eroberten Länder wie in Belgien im Westen oder in der Ukraine im Osten (hier auch schon gegen jüdische Bevölkerungsteile).

Es gab kein Innenhalten mehr

Ebenso bedeutsam ist die Frage, wieso sich der Stellungskrieg bis zur gegenseitigen Erschöpfung jahrelang derart hinzog, obwohl schon bald nach Beginn klar war, dass nichts aus dem schnellen Krieg wurde, weder an der West- noch an der Ostfront, und so etwas wie ein Sieg (worüber, wofür, wohin?) keinen Sinn mehr machte. War für die Entente halbwegs klar, wofür sie kämpfte, um den Angriff der Mittelmächte auf ihr Gebiet abzuwehren, hatten diese von Anfang an keine oder sehr diffuse Kriegsziele. Hier zeigte sich das Paradox, dass gerade die in den folgenden Monaten an den Fronten anfallenden ungeheuren Verluste an Menschen und Material dazu führten, dass man nicht aufhören konnte und immer wieder, vor allem auf deutscher Seite, auf einen 'Siegfrieden' setzte.

Die unvorstellbaren männlichen Opfer an der Front und je länger je mehr auch im Hinterland mit der Entwicklung zum totalen Krieg gestatteten kein Innenhalten, keinen Abbruch des Mordens, keinen Waffenstillstand, keine keine Rückkehr zum Vorkriegszustand (der

Begriff Frieden ist hier nicht verwendbar). Je verbissener und verlustreicher die Schlachten wurden, desto mehr durften sie nicht 'sinnlos' und vergebens erscheinen. Mit der Dauer des Krieges schwand zwar die Siegeszuversicht und Euphorie der ersten Wochen markant, doch entwickelte sich der nationale Furor und die Verteufelung des Kriegsgegners umso mehr.

Und für die Zukunft verheerend wirkte sich die Negation der Niederlage in Deutschland, vor allem durch den Militärführer Hindenburg und die treibende Kraft Ludendorff aus, die sich eigentlich 'unbesiegt' auf dem Schlachtfeld wähten und mit der Dolchstosslegende, die bröckelnde Heimatfront sei letztlich Schuld am erzwungenen Waffenstillstand gewesen, einen wirkmächtigen Bodensatz für den nachkommenden Hitler bildeten.

Auswirkungen des Krieges in der Schweiz

Der Sammelband *Kriegs- und Krisenzeit. Zürich während des Ersten Weltkriegs* wirft einen Blick auf das alltägliche Leben während der Kriegsjahre in der Schweiz respektive im Kanton Zürich. Es war geprägt von der allgemeinen Mobilmachung am 3. August 1914 und der gleichzeitigen Wahl von Ulrich Wille aus Meilen am Zürichsee zum General. Die Mobilmachung traf jede Familie, aber vor allem auch die ausländische Bevölkerung. Zürich erlebte beispielsweise geradezu einen Exodus von Deutschen, die zu Tausenden in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Der Band enthält Beiträge über die wachsende wirtschaftliche Not durch die Folgen des Krieges rund ums neutrale Land. Die sozialen Gegensätze fanden hier reichlich Nahrung, sie gipfelten in der Hauptprobe zum Generalstreik vom 12. November 1918, im Zürcher Streik drei Tage zuvor.

Fortsetzung nächste Seite

Keinerlei völkerrechtliche Legitimation

Am 1. März 2014 genehmigte das russische Parlament, dem Hilferuf des Ministerpräsidenten der Krim folgend, die Entsendung von Truppen in die Ukraine. Auch Flughäfen und das Regionalparlament auf der autonomen ukrainischen Halbinsel Krim wurden von russischen Einheiten besetzt. Russlands Präsident Putin rechtfertigt diese Massnahmen mit dem Argument, russische Staatsangehörige in der Ukraine schützen zu wollen.

Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen statuiert ein umfassendes Gewaltverbot für alle UNO-Mitglieder. Demnach ist jede Androhung oder Anwendung von Gewalt zwischen Staaten verboten. Von diesem generellen Verbot gibt es jedoch Ausnahmen. Zum einen kann eine Autorisierung durch den UNO-Sicherheitsrat im Rahmen von Kapitel VII der UNO-Charta die Anwendung militärischer Mittel rechtfertigen. Daneben enthält die Charta in Artikel 51 das auch gewohnheitsrechtlich anerkannte Recht auf Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs.

Weder UNO-Mandat noch gerechtfertigte Interventionsbegründung vorhanden

Russland kann sich jedoch weder auf ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates stützen noch liegt ein bewaffneter Angriff auf das Land vor. Darüber hinaus werden weitere gewohnheitsrechtliche Ausnahmen diskutiert. Zu nennen ist hier insbesondere der Schutz im Ausland lebender eigener Staatsangehöriger, der heute unter engen Voraussetzungen als Rechtfertigungsgrund allgemein anerkannt ist. Die Anwendung von Gewalt kann gerechtfertigt sein, wenn eine gegenwärtige Gefahr für eigene Staatsangehörige besteht. Allerdings müssen die Massnahmen verhältnismässig sein.

Diese Begründung wurde schon mehrfach zur Rechtfertigung gewaltsamer Massnahmen herangezogen. Eines voran proklamierte der damalige russische Präsident Medwedjew dieses Recht für die militärische Intervention Russlands in Georgien im Jahre 2008. Auch die von deutschen und britischen Streitkräften durchgeführte Operation Pegasus im Jahre 2011 erfolgte vor dem Hintergrund, eigene Staatsangehörige aus dem Bürgerkrieg in Libyen zu evakuieren. Eine Besonderheit war hier jedoch die Tatsache, dass die libyschen Behörden zuvor über die Evakuierungsmassnahmen informiert worden waren.

Auch Putin begründet die russische Intervention auf der Krim mit dem Schutz der russischen Zivilbevölkerung. Er beruft sich auf die *responsibility to protect* (R2P), einem Konzept, nach dem primär jeder Staat für den Schutz seiner Zivilbevölkerung verantwortlich ist. Die Halbinsel Krim, die seit 1954 zur ukrainischen sozialistischen Sowjetrepublik und seit der Auflösung der Sowjetunion 1991 zum unabhängigen ukrainischen Staat gehört, beheimatet ca. 58% ethnische Russen. Nachdem die ukrainische Übergangsregierung am 23.2.2014 beschlossen hatte, ein Gesetz ausser Kraft zu setzen, welches Russisch als Amtssprache auf der Krim akzeptierte, befürchtet die russische Regierung nun weitere russlandfeindliche Massnahmen. Putin zufolge könnte sich daraus eine Gefährdung für die russisch-stämmige Bevölkerung auf der Krim ergeben.

Verstoss gegen UNO-Gewaltverbot

Doch reichen diese vagen Begründungen zur Rechtfertigung der russischen Intervention aus? Festzuhalten ist, dass eine akute Bedrohung der russischstämmigen Bevölkerung momentan nicht erkennbar ist. Insofern liegt kein schweres Verbrechen im Sinne des Anwendungsbereiches der R2P vor. Die Abkehr von der russischen Sprache allein vermag keine gegenwärtige Gefahr zu schaffen. Zudem wird es nach derzeitigem Kenntnisstand ohnehin nicht zur Aufhebung des in Frage stehenden Gesetzes durch die Übergangsregierung in Kiew kommen.

Auffällig ist auch, dass die Regierung Russlands vielen auf der Krim lebenden ehemaligen Ukrainern erst in den letzten Wochen zur russischen Staatsbürgerschaft verholfen hat. Dies wirft die Frage auf, wie weit die Schutzverpflichtung Russlands überhaupt reichen kann und ob sie sich auch auf die ethnischen Russen bezieht, die nicht Staatsangehörige im engeren Sinne sind und lässt zudem erahnen, dass die von Putin vorgebrachten Gründe nur vorgeschoben sind. Auch der Grundsatz der Verhältnismässigkeit wurde nicht gewahrt. Ein klares Ziel der Massnahmen Russlands, etwa in Form von Evakuierungsmassnahmen ist im Hinblick auf das Schutzargument nicht ersichtlich. Auch wäre es Putin möglich gewesen, zunächst das Gespräch mit der Übergangsregierung in Kiew zu suchen bevor er Truppenbewegungen anordnete.

Fazit: Das Verhalten Russlands verstösst gegen das Gewaltverbot aus Art. 2 Abs. 4 der UNO-Charta und die von Putin vorgebrachten Begründungen vermögen diesen Verstoss nicht zu rechtfertigen.

Franziska Kring & Theresa Stollmann, Bofaxe Nr. 444D, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhr-Universität Bochum.

www.ifhv.de



Aus der Friedensarbeit

Das neue Beratungsangebot von CIVIVA

Mit der Fusion des Vereins zivildienst.ch mit dem Dachverband CIVIVA wurde die Beratungsstelle für Militärverweigerung und Zivildienst in Zürich in ihrer bisherigen Form auf Ende Februar 2014 aufgelöst. Beratungen per Telefon oder E-Mail werden nicht mehr angeboten, für kurze Auskünfte stehen die zuständigen Zivildienst-Behörden zur Verfügung. Für Fragen zu Zivildienst, Wehrpflicht, Ausmusterung, etc. bietet CIVIVA seit Januar 2014 jeden Monat zwei bis vier Beratungsabende an, die jeweils am Mittwoch um 19 Uhr an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich-Wiedikon stattfinden. Eine Anmeldung ist nicht nötig, es wird ein Unkostenbeitrag von 20.– erhoben. Die aktuellen Daten sind jeweils auf der neuen Seite www.civiva.ch/beratung zu finden. Diese Seite bietet auch viele Links zu informativen Stellen, damit sich Ratsuchende selbstständig schlau machen können. Alle Informationen, die momentan noch unter www.zivildienst.ch zur Verfügung stehen, werden in Zukunft auf einer privaten Website angeboten, auf die CIVIVA ebenfalls verweisen wird. Die Beratungsstelle Bern existiert nach wie vor, Informationen zum Beratungsangebot in der Hauptstadt gibt's unter www.armymuffel.ch.

Friedensdorf in Broc gewinnt Jugendpreis

Im Rahmen der internationalen Mediationstage 2014 in Hamburg hat der Verband «Mediation DACH e.V. Deutschland, Austria, Schweiz» dem Friedensdorf in Broc FR den Innovationspreis «Jugend WinWinno 2014» verliehen. Das Friedensdorf wurde ausgezeichnet für sein innovatives Angebot für Kinder und Jugendliche im Bereich des konstruktiven Konfliktmanagements. Der Laudator Denis Bitterli vom Friedensbüro Basel hob insbesondere das grosse, langjährige, ehrenamtliche Engagement sowie die ganzheitliche Herangehensweise hervor. Das Friedensdorf bietet nebst den Impulstagen für Kinder und Jugendliche einen Ort, um das gewaltfreie Zusammenleben zu üben und setzt sich auch in der Region für Win-Win-Lösungen ein. www.friedensdorf.ch

40 Jahre Stiftung Gertrud Kurz

Die Flüchtlingshelferin, Pazifistin und cfd-Gründerin Gertrud Kurz war für Generationen eines der prägendsten Gesichter der humanitären Schweiz. In den letzten Jahren ist die Erinnerung an Gertrud Kurz verblasst – und damit auch an die Stiftung Gertrud Kurz, die das Engagement und den kritischen Geist der 'Flüchtlingsmutter' weitertrug. Vor zwei Jahren wurde über die Auflösung der Stiftung diskutiert. Jetzt strebt ein junger Stiftungsrat eine Erneuerung an. Am 28. Januar 2014 fand die Jubiläumsfeier der neuausgerichteten Stiftung in Bern statt. www.gertrudkurz.ch

Carmen Meyer neue cfd-Geschäftsleiterin

Nachdem Cécile Bühlmann Ende November 2013 die Geschäftsleitung des cfd – Christlicher Friedensdienst – nach acht Jahren erfolgreicher Tätigkeit abgab, hat ihre Nachfolgerin Carmen Meyer ihre Tätigkeit im feministischen Friedenswerk aufgenommen. Aufgewachsen in Nord-Kamerun, hat sie Heilpädagogik und Medizin studiert und arbeitete u.a. für das Ostafrika-Programm des Kinderdorfes Pestalozzi.

Die Friedenskonferenz 1914 in Konstanz

Vom 1. bis 3. August 2014 feiert der Internationale Versöhnungsbund (IFOR) seine Gründung zu Beginn des Ersten Weltkrieges in Konstanz am Bodensee. Die «europäische Katastrophe», als in Europa «die Lichter ausgingen», war gleichzeitig der Beginn eines wichtigen Zweiges der weltweiten Friedensbewegung.

/ Ullrich Hahn /

Doch so glatt verlief die Gründung nicht: Genommen wurde in Konstanz am 2. August 1914 nicht der Versöhnungsbund gegründet, sondern der «Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen» (engl. «The World Alliance of Churches for Promoting International Friendship»), bis 1948 einer der Vorläufer des Ökumenischen Rates der Kirchen. Finanziert durch eine Stiftung des amerikanisch-schottischen Stahlmagnaten Andrew Carnegie wurden schon im Mai 1914 protestantische Theologen aus aller Welt zu einer Friedenskonferenz nach Konstanz eingeladen, die dort vom 1. bis 5. August 1914 stattfinden sollte.

Wie kam es zur Konstanzer Konferenz?

Vorausgegangen waren dieser Einladung seit 1908 gegenseitige Besuche deutscher und englischer Kirchenführer, 1910 die Gründung eines «Kirchlichen Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Grossbritannien und Deutschland», als dessen Sekretär der deutsche Pfarrer Friedrich Siegmund-Schultze (1885 bis 1969) berufen wurde, dann ein gemeinsamer Besuch deutscher und englischer Mitglieder dieses Komitees in den USA und schliesslich noch ein Aufruf des schweizerischen Reformierten Kirchenbundes im Januar 1914 zu einer Friedenskonferenz christlicher Kirchen. Die Organisatoren der Konferenz, zwei englische Abgeordnete des Unterhauses, ein Quäker und ein Anglikaner sowie Siegmund-Schultze aus Deutschland

richteten die Einladung dann nicht an die Kirchenleitungen der verschiedenen Länder, sondern an Einzelpersonen, von denen schliesslich 153 ihre Teilnahme zusagten.

Wegen der vor dem Konferenzbeginn schon laufenden Mobilmachung konnten dann nur noch 90 TeilnehmerInnen aus 12 Nationen und aus 30 verschiedenen Kirchen und Glaubensgemeinschaften Konstanz erreichen, darunter 32 US-AmerikanerInnen, 17 EngländerInnen, 6 Französinnen, aber nur 3 Deutsche – Pfarrer Siegmund-Schultze, Pfarrer Zandt aus Konstanz und Pfarrer Böhme. Die Konferenz kam im Konstanzer Inselhotel zusammen – 500 Jahre zuvor noch als Dominikanerkloster das Gefängnis des tschechischen Reformators Jan Hus während des Konstanzer Konzils 1414 bis 1418.

Kriegserklärung am ersten Konferenztag

Schon während des ersten Konferenztages erklärte Deutschland Russland den Krieg, und so musste bereits am 2. August der Konstanzer Polizeipräsident mitteilen, dass die ausländischen TeilnehmerInnen am 3. August Deutschland verlassen müssten, da danach mit weiteren Kriegserklärungen zu rechnen sei und sie dann als feindliche Ausländer interniert würden. In einer Nachtsitzung vom 2. auf den 3. August verfassten die TeilnehmerInnen noch einen Friedensappell per Telegramm an die Staatsmänner in Europa und den USA. Zugleich wurde der 'Weltbund' gegründet, dessen gewähltes Organisationskomitee dann wenige Tage später in London tatsächlich seine Arbeit aufnahm. (Im Rahmen dieser Weltbundarbeit verfasste 1934 Dietrich Bonhoeffer eine bis heute bedeutsame Andacht in Fanö / Dänemark).

Wie kam es gerade zum Konferenzort Konstanz an der badisch-schweizerischen Grenze? Deutschland und seine national gesinnten evangelischen Landeskirchen waren nicht gerade für eine internationale christliche Friedensarbeit prädestiniert. Aber gerade deshalb

hatten die englischen Initiatoren vorgeschlagen, dorthin zu gehen, um in der deutschen Presse und beim deutschen Kaiser für das Friedensanliegen zu werben. Wegen der schon vor der Konferenz einsetzenden nationalen Kriegseuphorie nahmen jedoch weder die Presse noch die Kirchen in Deutschland von dieser Konferenz Notiz. Das gilt selbst von der örtlich zuständigen badischen Landessynode, die wenige Tage zuvor im Juli 1914 tagte und u.a. die Einrichtung eines «Friedenssonntages» zum Thema hatte.

Das Versprechen, Freunde zu bleiben

Auch die Ergebnisse der Tagung durften dann nicht in der seit Kriegsbeginn zensierten Presse veröffentlicht werden. Der 'Weltbund' blieb in Deutschland unbekannt und ist heute auch weitgehend vergessen. Friedenspolitisch war Deutschland 1914 Brachland. Am 3. August konnten die ausländischen TeilnehmerInnen der Konstanzer Tagung noch in einem Sonderzug bis zur Grenze der neutralen Niederlande fahren. Auf dem Kölner Hauptbahnhof verabschiedeten sich Friedrich Siegmund-Schultze und etwa 20 ausländische TagungsteilnehmerInnen, darunter der englische Quäker Henry Hodgkin (1877 bis 1933) mit dem Versprechen, trotz des Krieges Freunde zu bleiben. Dieses Versprechen in Köln gilt als der geistige Ursprung des Versöhnungsbundes.

Schon im Dezember 1914 gründete sich in Cambridge (Grossbritannien) der erste nationale Zweig des Versöhnungsbundes (engl. Fellowship of Reconciliation), der bis 1918 auf etwa 7000 Mitglieder anwuchs, von denen etwa 600 als Kriegsdienstverweigerer ins Gefängnis gingen. Andere Zweige kamen noch während des Krieges in den USA, den Niederlanden, Schweden und sechs weiteren Ländern hinzu. Erst nach dem Krieg wurde dann im Oktober 1919 in Bithoven (Niederlande) wieder im Anschluss an eine Tagung des 'Weltbundes' mit 50 TeilnehmerInnen, darunter auch Siegmund-Schultze und andere deutsche VertreterInnen, der Internationale Verband des Versöhnungsbundes gegründet. Im gleichen Jahr war kurz zuvor auch in Deutschland ein nationaler Zweig entstanden.

Die Pflichten gegenüber dem Vaterland

Während schon im Krieg Mitglieder der anderen Zweige in den kriegsbeteiligten Staaten öffentlich als Kriegsdienstverweigerer auftraten und soziale und juristische Verurteilungen in Kauf nahmen, gab es in Deutschland Vergleichbares nicht. Die deutschen protestantischen Kirchen waren national gesinnt; die 'historischen Friedenskirchen' der Mennoniten und Brethren waren wegen ihrer Haltung schon in früheren Jahrhunderten vertrieben worden und ausgewandert; Quäker hatten hier keine Verbreitung gefunden. Zwar gab es – wie Siegmund-Schultze – auch eine Reihe von 'Friedenspfarrern', die sich etwa in der seit 1892 bestehenden «Deutschen Friedensgesellschaft» engagierten. Diese bürgerliche Friedensbewegung trat auch in allgemeiner Form für eine Friedensgesinnung und -politik ein, aber nie für eine direkte Kriegsdienstverweigerung.



1914-2014

Der Internationale Versöhnungsbund (IFOR) wurde als Reaktion auf das weltweite Bedürfnis nach Heilung und Versöhnung nach dem Ersten Weltkrieg gegründet. Basierend auf der Überzeugung, dass aktive Liebe die Macht hat, ungerechte politische, soziale und ökonomische Strukturen zu überwinden, formulierten IFORs GründerInnen und Gründer 1914 in Konstanz ihre Vision für eine friedliche Weltgemeinschaft. Während seiner hundertjährigen Geschichte hat IFOR weltweit consequent Stellung gegen Unrecht, Krieg und Kriegsvorbereitungen genommen.

IFOR
INTERNATIONALER
VERSÖHNUNGSBUND

1914-2014

UNTERSTÜTZT VON

- Mairead Corrigan Maguire**
Friedensbelästigte, Mitbegründerin von peacePEOPLE, Friedensaktivistin in Nordirland und Israel/Palästina.
- Sulak Sivaraksa**
Mitbegründer des Internationalen Netzwerks Engagierter Buddhisten (INEB), Thai Friedens- und Umweltaktivist.
- Adolfo Pérez Esquivel**
Friedensbelästigter, Gründer von Servicio Paz y Justicia (SERPAJ), argentinischer Friedensaktivist.
- Hildegard Goss-Mayr**
IFOR Ehrenpräsidentin, Gewaldfreiheitskämpferin in Osturopa, Lateinamerika, den Philippinen und Madagaskar.

KONSTANZ
Sporstraat 38
1815 BK Alkmaar, Niederlande
KONTONUMMER: 2704182 - BIC: INGBNL2A
IBAN: NL11 INGB 0002 7041 82 - ING BANK NL
IFOR arbeitet eng mit dem Konzilsbüro Konstanz (2014-2018) zusammen und wird gefördert vom Konstanzer Landratsamt.

KONSTANZ
100 JAHRE
FÜR GEWALTFREIHEIT
1.-3. AUGUST 2014



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Weltfriedenskongresses – nicht in Konstanz 1914, sondern 1907 in München. Die zweite von links vorne: Bertha von Suttner. Foto: Wikipedia

In einem Flugblatt erklärten nach Beginn des Krieges etwa Otto Umfried und Ludwig Quidde, die beiden Vorsitzenden der Friedensgesellschaft: «Über die Pflichten, die uns Friedensfreunden jetzt während des Krieges erwachsen, kann kein Zweifel bestehen. Wir deutschen Friedensfreunde haben stets das Recht und die Pflicht der nationalen Verteidigung anerkannt. Wir haben versucht zu tun, was in unseren schwachen Kräften war, gemeinsam mit unseren ausländischen Freunden, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Jetzt, da die Frage, ob Krieg oder Frieden, unserem Willen entrückt ist und unser Volk von Ost, Nord und West bedroht, sich in einem schicksalsschweren Kampf befindet, hat jeder deutsche Friedensfreund seine Pflichten gegenüber dem Vaterlande genau wie jeder andere Deutsche zu erfüllen.»

Auch Pfarrer Siegmund-Schultze, Mitinitiator des 'Weltbundes' und Gründervater des Deutschen Versöhnungsbundes, teilte diese Auffassung bis zum Ende des Krieges. Die grosse Mehrzahl der christlichen PazifistInnen in Deutschland wurde nicht durch das Evangelium, sondern erst durch die Kriegserfahrung bekehrt. Wenn im August 2014 die VertreterInnen des Internationalen Versöhnungsbundes aus inzwischen 50 Ländern in Konstanz zur Erinnerung an den Ursprung dort vor 100 Jahren zusammenkommen, werden die deutschen TeilnehmerInnen zumindest fünf Jahre als Irrweg abziehen.

Ulrich Hahn ist Rechtsanwalt und Präsident des deutschen Zweigs des internationalen Versöhnungsbundes. Der Beitrag stammt aus der Zeitschrift «Friedensforum» vom Februar/März 2014. Untertitel durch die Redaktion.

Velotour an die Friedenskonferenz

Zum Jubiläum der grossen Friedenskonferenz 1914 in Konstanz beim Beginn des Ersten Weltkrieges wird vom Versöhnungsbund ein grosser Anlass '100 Jahre Gewaltfreiheit' vom 1. bis 3. August 2014 veranstaltet (siehe linke Seite).

www.centennial@ifor.org

In der Schweiz möchten wir für die Hin-fahrt eine Velotour organisieren, falls sich genügend Interessierte finden. Bitte meldet Euch bei: Ueli Wildberger, ueliw@dataway.ch, Telefon 044 242 20 59.

Der 'falsche' Krieg

Niall Ferguson: Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert.

Im Zentrum des weitläufigen Werkes des britischen Historikers Niall Ferguson steht die Frage aller Fragen, die uns bis heute immer wieder bewegt: Wie konnte es dazu kommen, zur «Urkatastrophe» des 20. Jahrhunderts? Aber auch Fragen zu Kriegsverlauf, Strategien, Kampfmoral und dem Umgang mit den riesigen Verlusten werden auf originelle, zuweilen auch spekulative Weise erörtert; etwas lang geraten ist das Kapitel zu Kriegskosten und -finanzierung. Folgerichtig schliesst der Autor seine Tour de l'horizon mit Betrachtungen zum Versailler Frieden und der fatalen weiteren Entwicklung ab.

Mediales Säbelrasseln und politische Planspiele

Nach einem kurzen Rückblick auf die bisherige Geschichtsrezeption starten wir dann zu Recht in der Vorkriegszeit, wo sich insbesondere die britische Boulevard-Presse mit den schrillsten Stories hervortut: Deutsche Spione werden enttarnt, die bevorstehende Invasion der 'Hunnen' angekündigt, apokalyptische und teilweise auch visionäre Fortsetzungsserien über gewaltige Grabenkriege, aber auch sozialistische Aufstände in Old England und die Deutschen als Retter machen die Runde. Interessant für deutschsprachige Leser: die englischen Innenansichten. Die Politik stuft Deutschland als wenig gefährlich ein, geschickt sollen die 'natürlichen' Rivalen des British Empire, Frankreich und Russland, durch Verträge gebunden werden, die Entente sollte primär die absehbaren Kolonialkonflikte verhindern (deshalb der «falsche» Krieg). Im Weiteren werden manche Mythen des Militarismus relativiert, viel Raum finden auch die antimilitaristischen Bewegungen diesseits und jenseits des Kanals – der Krieg war weder unvermeidlich noch herbeigewünscht.

Eigendynamik...

Längst ist ein regelrechter Rüstungswettlauf entbrannt. In den Parlamenten wird über Wehrpflicht und Truppenstärke gefeilscht,

die militärischen Planer rücken ins Zentrum: Flottenbau und Schlieffenplan hier, Seeblockade und die Belgienfrage dort – es wird ernst. Ferguson vertritt die Meinung, dass man die deutschen Einkreisungsgänge nicht nur als Hysterie und vorgeschobene Alibidiskussion abtun kann und sieht in der unklaren Haltung bezüglich britischem Kriegseintritt auch das Empire in der Verantwortung, da die deutsche Generalität so zu Spekulationen auf ein britisches Fernbleiben animiert worden sei. Auch rückt er einem weiteren Mythos zu Leibe, der Kriegsbegeisterung. Sie wird als minoritäre Grösse von Rechtsnationalisten und Intellektuellen (!) enttarnt: In Deutschland sollte via Medien vor allem öffentlich Mut demonstriert werden – während Moltke und der Kaiser sehr pessimistisch waren, in England habe vor allem Arbeitslosigkeit und mangelnde soziale Absicherung zur 'freiwilligen' Rekrutierung beigetragen.

... und politisches Versagen

In einem weiteren Kapitel zeigt der Autor vorerst, wie es bisher gelang, alle vorangehenden Balkankonflikte einzugrenzen; minutiös werden dann die Tage nach dem Sarajevo-Attentat aufgezeichnet, die beinahe hysterische Stimmung in Deutschland nach der russischen Generalmobilmachung, die letzten aufgeregten Telefonate und Fernschreiben... – kurz: das grandiose Versagen der Diplomatie und die kopflose Kriegsauslösung Deutschlands gegen Russland und Frankreich. Quintessenz: Die Deutschen hätten nicht aus imperialem Übermut, sondern aus einem Schwächegefühl heraus gehandelt – so neu ist diese These in der jüngeren Geschichtsschreibung aber auch nicht.

Nebst Betrachtungen zum Kriegsverlauf und zu Strategien befasst sich Ferguson in der Folge ausführlich mit der Frage, «warum Soldaten kämpfen» sowie eher fraglichen Spekulationen, «was wäre gewesen, wenn ...» und möglichen Erklärungen zur plötzlich schnell folgenden Kapitulation Deutschlands im November 1918. Eine Diskussion der Konsequenzen dieses 'unnötigen' Krieges schliesst das Werk ab.

Beat Luder

Die Folgen des Ersten Weltkrieges in Österreich

Der folgende Beitrag beleuchtet im ersten Teil die Folgen des Ersten Weltkrieges für die Welt, im zweiten diejenigen für die nach dem Krieg neu entstandene österreichische Republik. Er scheint uns für die Entwicklung unseres Nachbarlandes aufschlussreich.

/ Stefan Karner /

Mit dem Ende des Krieges 1918 veränderte sich die Welt entscheidend. Die grossen Monarchien, das Zarenreich, das Osmanische Reich, das Deutsche Kaiserreich und Österreich-Ungarn gehörten der Vergangenheit an. In den Pariser «Vorortverträgen» wurde 1919/20 mit Deutschland, Österreich, Bulgarien, Ungarn und der Türkei die Neuordnung Europas völkerrechtlich fixiert. Vor allem der Vertrag von Versailles war das Ergebnis der von den neuen 'Grossmächten' gezimmerten Friedensordnung, die jedoch bereits den Keim eines neuen Krieges in Europa in sich barg.

Die europäischen Mittel- und Kleinstaaten wurden in sehr fragile europäische Systeme integriert. Nun spannte sich ein Staatengürtel vom Baltikum bis auf den Balkan. Die darinnen zu liegen kamen, hatten sich neu zu orientieren, innen- und aussenpolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Der Aufstieg der USA stand am Beginn, Europa war als Weltmacht geschwächt. Sowohl als Propagandamittel (Ausrufung des 'Jihad' durch das Osmanische Reich, Befehrigung von Unabhängigkeitsbewegungen etc.) als auch aufgrund persönlicher Erfahrungen hatten sich die antikolonialen Bewegungen insbesondere in den britischen, französischen und belgischen Besitzungen verstärkt.

Die Spanische Grippe forderte mehr Opfer als der Erste Weltkrieg selbst

Der Zerfall der grossen europäischen Imperien veränderte auch die Landkarte Asiens, Nordafrikas, des Nahen Ostens, im Kaukasus und in der neuen Türkei. Die Stärkung monochroner Nationskonzepte (Staat = Nation mit einheitlicher Sprache und Religion) führte in ihrer extremen Ausformung gar zu erzwungenem Bevölkerungsaustausch (Griechenland – Türkei) oder Genozid (Armenier). Mit der Gründung des Völkerbundes wurde der brüchige Frieden durch Festigung des Gedankens von Koopera-

tion gestärkt. Insbesondere neue völkerrechtliche Initiativen sollten die im Ersten Weltkrieg sichtbar gewordenen Schrecken in zukünftigen Konflikten zumindest begrenzen. Mit der langsamen Stabilisierung des russischen kommunistischen Regimes wurde aber auch die beginnende Auseinandersetzung zwischen demokratischem Westen und kommunistischem Osten als prägendes Element der kommenden Entwicklungen erkennbar.

Der Erste Weltkrieg forderte insgesamt zehn Millionen Tote, 20 Millionen Verwundete, Millionen gerieten in Kriegsgefangenschaft, wurden vertrieben oder dauerhaft aus ihren Heimatgebieten umgesiedelt. Österreich-Ungarn mobilisierte 7,8 Millionen Soldaten, von denen fast 20 Prozent gefallen sind. Eine der dramatischsten Begleiterscheinungen des Krieges war eine weltweite Pandemie («Spanische Grippe»), die aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen des Krieges (hohe Migration durch Massenarmeen und Flüchtlinge; enge Kontakte und schlechte Hygienebedingungen in Massenunterkünften; katastrophale Ernährungsversorgung weiter Bevölkerungsteile etc.) begünstigt wurde: Weltweit forderte sie zwischen 25 und 40 Millionen Opfer, mehr als der Krieg selbst!

Die Folgen des Zerfalls Österreich-Ungarns

Für die neu geschaffene (deutsch)österreichische Republik waren die Folgen dramatisch. Ihre Staatsbürger waren als Soldaten oder Kriegsgefangene noch über halb Europa verstreut, befanden sich von heute auf morgen auf 'fremdem' Staatsterritorium. Hunderttausende waren durch physische und psychische Verwundungen zu Krüppeln geworden. Der neue Staat wurde von vielen als der 'Rest' wahrgenommen, der erst seine Identität finden musste. Die Hälfte der österreichischen Staatsgrenze wurde neu gezogen: Viele beanspruchte, teilweise deutschsprachige Gebiete gingen verloren (Sudetenland, Südtirol, Teile der Steiermark und Kärntens). Diese Enttäuschung führte dazu, dass der 'Anschluss'-Gedanken als parteiübergreifender Konsens gestärkt, aber völkerrechtlich verboten wurde.

Ökonomisch bedeutete der Zerfall Österreich-Ungarns die Trennung eines homogenen Wirtschafts-, Verkehrs-, Industrie- und Arbeitsraumes durch neue Grenzen. Hochzollpolitik und Handelsbeschränkungen verschärften die Lage. Der neue Staat übernahm einen überdimensionierten Banken-, Finanz- und Verwaltungssektor, der erst durch die Genfer Anleihe und während der Weltwirtschaftskrise zwangsweise zurückgeschraubt wurde. Der Ausfall der traditionellen Bezugsquellen und Absatzmärkte für Industrieprodukte sowie Probleme bei der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion führten zu einer immensen Arbeitslosigkeit. Eines der

Resultate der Inflation, der Versorgungs- und Produktionsschwierigkeiten vor wie nach dem Krieg war die Verarmung der bürgerlichen Mittelschicht. Letztlich führte dies zur Stärkung der wirtschaftlichen Komponente des Antisemitismus, besonders in Wien.

Die sozialen Folgen des Krieges

Trotzdem blieb 'Mitteleuropa' noch über ein Jahrzehnt jene Region mit der weltweit dritt-höchsten Handelsintegration, die erst durch die Entwicklungen ab den 1930er-Jahren zerteilt wurde. Die Erbmasse, die 'Deutsch-österreich' übernahm, war auf den ersten Blick nicht so negativ: Es konnte 13,5 Prozent der Bevölkerung, 18,4 Prozent des Nettoproduktionswertes und 19,7 Prozent des BIP der Monarchie vereinen. Der schon während des Krieges begonnene Aufbau einer österreichischen Energiewirtschaft auf Basis von Wasser und Kohle wurde von den Landesgesellschaften vorangetrieben. Gleichzeitig konnte die Industrialisierung durch die Nutzung der Kriegs-Infrastruktur (insbesondere Kriegsgefangenenlager und Rüstungskapazitäten) intensiviert werden.

Der Krieg und die Neuordnung der Staatenwelt führten auch dazu, dass Hunderttausende nach Übersee oder in die Nachfolgestaaten auswanderten. Der Zuzug von 'Altösterreichern' aus den ehemaligen Kronländern konnte dies nur bedingt kompensieren. Zwar versuchte man mit einer modernen Sozialpolitik (Hansisch) und dem Wiener Wohnbau (Rotes Wien) die ärgsten wirtschaftlichen Defizite abzufedern. Doch die Radikalisierung der Identitätsdiskurse durch den Umbruch 1918 und die Gebietskonflikte mit den Nachfolgestaaten verstärkten unweigerlich die gesellschaftliche Spaltung – es fehlte ein 'Moderator', wie es der Monarch gewesen war.

Militarisierung der Gesellschaft

Die vierjährige Massenmobilisierung, die Dauer und die spezifische Kriegsführung (Grabenkrieg, Gebirgskrieg) führten auch in Österreich zu einer aussergewöhnlich hohen Zahl von Kriegsversehrten: Amputationen und kriegsbedingte Erblindungen (nicht durch Giftgas, sondern durch Splitterwirkung!) hatten einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft aus dem Erwerbsprozess hinausgedrängt. Generationen- und Geschlechterkonflikte brachen auf: Frauen/Kinder wehrten sich gegen ihre gesellschaftliche Zurückdrängung durch die von der Front und aus den Kriegsgefangenenlagern Heimkehrenden. Traumatisierung und Verrohung im Krieg begünstigten die Gewaltbereitschaft. Kombiniert mit der Ideologisierung breiter Schichten durch die Nachwirkungen der Kriegspropaganda, ergab dies eine explosive Mischung, die in der Militarisierung der Gesellschaft in Wehrverbänden ihren Ausdruck fand. So folgte nach der Phase des Schocks und Schweigens (1918/19) die Dominierung des politischen Diskurses durch Veteranen und Frontkämpfer.

Aus einem Grundlagenpapier österreichischer WissenschaftlerInnen aus Anlass des Gedenkens des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges. Verfasst von Professor Stefan Karner vom Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte an der Universität Graz 2013.



Friedensdiplomatie seit Ende des Kalten Krieges

«Was sich derzeit in Syrien abspielt, erinnert an Europa im 17. Jahrhundert», schrieb kürzlich der Nahostkorrespondent der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung». Gemeint war der 30-jährige Krieg von 1618 bis 1648, der bis dato blutigste und bis heute längste Gewaltkonflikt der Menschheitsgeschichte. Fünf Jahre dauerten die Verhandlungen, bis im «Westfälischen Frieden» von Münster und Osnabrück ein Ende des mörderischen Gemetzels vereinbart sowie umstrittene Territorien, politische Macht und wirtschaftliche Besitztümer neu verteilt wurden. Werden die Genfer Syrienverhandlungen auch jahrelang dauern? Und schliesslich dennoch erfolgreich bleiben?

/ Andreas Zumach, Genf /

So wie die dreijährige Genfer Jugoslawienkonferenz von 1992 bis 1995, bei der sich Vermittler von UNO und EU vergeblich um ein Ende der (Bürger)kriege und um eine politische Neuordnung in Bosnien und Kroatien bemühten. Oder wird – ähnlich wie bei den Genfer Verhandlungen zur Beendigung des ersten Golfkrieges zwischen Irak und Iran (1980 bis 1988) – bei der Syrienkonferenz nach vielleicht acht, neun Monaten weiterer intensiver Bemühungen durch UNO-Vermittler Lakhdar Brahimi wenigstens die Vereinbarung eines landesweiten Waffenstillstandes gelingen? Damit die notleidende Zivilbevölkerung endlich mit humanitärer Überlebenshilfe versorgt werden kann?

Ergebnislose Verhandlungsrunden

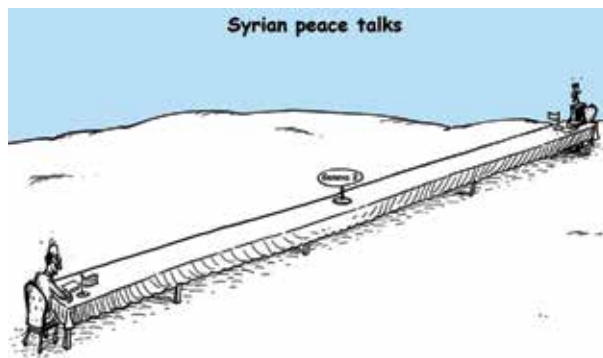
Derzeit gibt es leider kaum Anlass zur Hoffnung. Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung Mitte März war noch nicht einmal klar, ob die Genfer Syrienkonferenz nach dem völlig ergebnislosen Verlauf der ersten beiden Verhandlungsrunden vom 24. Januar bis 14. Februar 2014 überhaupt fortgesetzt wird. Denn in diesen beiden Runden konnten sich die beiden Konfliktparteien nicht einmal auf eine Tagesordnung einigen. Die Delegation der Regierung Assad wollte ausschliesslich über «Massnahmen zur Bekämpfung der Terroristen» verhandeln, womit sie ganz pauschal sämtliche ihrer Gegner in Syrien meint. Die Delegation der Oppositionskoalition wollte vorrangig über die «Bildung einer Übergangsregierung ohne Assad» verhandeln. Der Vorschlag von UNO-Vermittler Brahimi, im tageweisen Wechsel über diese beide Themen zu beraten, wurde von der Regierungsdelegation abgelehnt. Darauf unterbrach der völlig frustrierte Brahimi die Konferenz ohne Vereinbarung eines neuen Treffens.

Die Feindschaft zwischen den beiden Konfliktparteien ist so gross, dass sie während der insgesamt 13 Genfer Verhandlungstage kein einziges direktes Wort miteinander wechselten, sondern nur indirekt über den UNO-Vermittler kommunizierten. In den ersten drei Verhandlungstagen verweigerten die beiden Delegationen sogar jeglichen Sichtkontakt und den Aufenthalt in einem gemeinsamen Raum. Die UNO musste sogar für getrennte Toiletten sorgen.

Weiterkriegen, um Position zu verbessern

Das erinnert an die Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Afghanistan, die 1988 über fünf Monate lang unter ständiger strikter Trennung der Konfliktparteien geführt wurden. Doch wenigstens erbrachten diese Verhandlungen schliesslich ein Abkommen, das dann auch zum Abzug der sowjetischen Truppen führte. Die Syrienkonferenz hat ein Grundproblem gemeinsam mit fast allen anderen friedensdiplomatischen Bemühungen zur Beendigung von Gewaltkonflikten seit Ende des Kalten Krieges: Die politischen Verhandlungen finden statt, während die militärischen Auseinandersetzungen weitergehen. Auf dem Schlachtfeld bemühen sich die Konfliktparteien laufend um weitere Eroberungen und Geländegewinne, um damit ihre Position am Verhandlungstisch zu verbessern.

So wurden etwa während der dreijährigen diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Bosnienkrieges am Genfer Verhandlungstisch 27 Waffenstillstandsvereinbarungen unterzeichnet. Die meisten dieser Vereinbarungen waren das Papier und die Tinte nicht wert,



einige wenige wurden auf dem bosnischen Kriegsschauplatz zumindest für ein paar Stunden oder Tage umgesetzt.

Islamisten sind am Tisch nicht vertreten

Über dieses grundlegende Problem der Paralelität von Friedensdiplomatie und fortgesetztem Krieg hinaus gibt es bei der Syrienkonferenz eine weitere grosse Schwierigkeit, die so bei früheren friedensdiplomatischen Bemühungen nicht existierte: Am Genfer Verhandlungstisch sind nicht alle Akteure vertreten, die auf dem Kriegsschauplatz in Syrien eine relevante Rolle spielen. Die Delegation der Opposition repräsentiert lediglich einige, vornehmlich im Exil existierende politische Gruppierungen sowie zumindest einen Flügel der «Freien Syrischen Armee». Doch die mit der Al-Kaida verbundene islamistische Al Nusra-Front sowie die Organisation «Islamischer Staat im Irak und der Levante» (ISIS), deren Milizen in den letzten Monaten immer mehr Gelände erobert haben und inzwischen fast ganz Nordsyrien kontrollieren, sind am Genfer Verhandlungstisch nicht vertreten.

Dasselbe gilt für die «Islamische Front», einem Dachverband verschiedener, nicht mit der Al-Kaida verbundener islamischer Gruppen. All die genannten Organisationen leh-

nen Verhandlungen mit der Regierung Assad grundsätzlich ab. Und sie könnten jegliche Vereinbarung, die in Genf im Falle einer Wiederaufnahme der Syrienkonferenz vielleicht doch noch erzielt wird, vor Ort in Syrien torpedieren.

Gemeinsames Handeln der Grossen nötig

Diese Gefahr liesse sich zumindest vermindern, wenn diese Organisationen künftig keine weitere finanzielle und militärische Unterstützung von ihren Sponsoren Saudiarabien, Katar und der Türkei erhalten. Das wird aber nur gelingen, wenn diese drei Staaten an der Syrienkonferenz beteiligt werden, damit auch ihre Interessen und Befürchtungen (zum Beispiel der Türkei vor einer Allianz der syrischen mit den türkischen Kurden) durch politische Vereinbarungen berücksichtigt und befriedet werden. Auf der anderen Seite ist eine Beteiligung Irans an der Syrienkonferenz unerlässlich. Nur so kann Teheran dazu bewegt werden, seine politische und militärische Unterstützung für die Regierung Assad einzustellen und die in Syrien kämpfenden iranischen Söldner abzuziehen.

Die zweite notwendige Vorbedingung für eine tragfähige Vereinbarung in Genf, die dann vor Ort in Syrien auch umgesetzt wird, ist ein gemeinsames Handeln der Grossmächte USA und Russland. Bislang unterstützen Washington und Moskau trotz anderslautender Behauptungen weiterhin die syrischen Konfliktparteien politisch und mit militärischen Mitteln. Die wachsende Sorge in Washington wie in Moskau, dass Syrien zerfällt und Teile des Landes zur Operationsbasis für Al-Kaida und andere international agierende Dschihadkämpfer werden, hatte die Chancen für ein gemeinsames Handeln der beiden Grossmächte im Syrienkonflikt in den letzten Monaten zunächst erhöht.

Mögliche Verhandlungslösung

Die hierzu erforderliche Verständigung zwischen den Regierungen Obama und Putin ist durch die Eskalation der Ukraine-Krise Ende Februar/Anfang März allerdings erheblich erschwert worden. Sollte diese Verständigung zwischen den USA und Russland dennoch gelingen, und sollte auch die Einbindung von Syriens Nachbarstaaten in die Friedensdiplomatie erfolgen, könnte die Genfer Konferenz eines Tages tatsächlich eine Vereinbarung erbringen. Eine Vereinbarung, mit der alle wesentlichen Akteure ihr Gesicht wahren können: In Syrien wird nach einem landesweiten Waffenstillstand, der die unbehinderte humanitäre Versorgung der Bevölkerung ermöglicht, eine mehrmonatige Übergangsregierung gebildet. Dieser Übergangsregierung gehört Assad zunächst noch an. Dann finden von der UNO organisierte und überwachte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, bei denen Assad nicht mehr kandidiert. Möglicherweise erhält er Immunität vor Strafverfolgung sowie freies Geleit in ein ausländisches Exil. Das neue Parlament erarbeitet eine demokratische Verfassung für Syrien.

Memorandum des Schweizerischen Friedensrates zur sogenannten Masseneinwanderungsinitiative

Etwas spät, erst gegen Ende Januar 2014 hat der Schweizerische Friedensrat das «Memorandum zur sogenannten Masseneinwanderungsinitiative» herausgegeben, das in den Medien praktisch nicht aufgegriffen worden ist. Wir dokumentieren es hier nachträglich – mit Ausnahme des Abstimmungsaufrufs, den wir als Fazit aus dem Memorandum gezogen haben –, da es sich mit den tiefer liegenden Motivationen und den längerfristigen Zielen hinter der Initiative befasst, die durch ihre Annahme am 9. Februar 2014 noch an Bedeutung gewonnen haben.

In den Vordergrund ihrer Werbung für die sogenannte Masseneinwanderungsinitiative stellt die SVP die Höhe der Zuwanderung in die Schweiz, die masslos sei. Das ist aber nur ein vorgeschobener Propaganda-Slogan, der einer Prüfung des Initiativtextes nicht standhält. Mit dem vorgeschlagenen Kontingentsystem, der keinen Beschränkungsmechanismus enthält, kann die Zuwanderung massiv zunehmen, und die Erfahrungen in der Vergangenheit haben zur Genüge gezeigt, dass mit der von Wirtschaftsinteressen geleiteten Kontingentspolitik die Zuwanderung in die Schweiz nicht gebremst wurde – und zeitweise nicht geringer war als heute unter der Personenfreizügigkeit. Die Initiative ist kein Mittel gegen ungebremsstes Wirtschaftswachstum, gegen die Zubetonierung der Schweiz, gegen Wohnungsnot, gegen Platznot im öffentlichen Verkehr wie gegen Verkehrsstaus und Bevölkerungswachstum.

SVP fördert massloses Wirtschaftswachstum
Gegen diese problematischen Entwicklungen wollte und will die SVP nichts unternehmen. So hat sie vor einem knappen Jahr die Revision des Raumplanungsgesetzes und vor knapp

zwei Jahren die Zweitwohnungsinitiative abgelehnt. Sie hat sich auch seinerzeit – glücklicherweise erfolglos – für die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts eingesetzt. 2008 hat sie mitgeholfen, der Unternehmenssteuerreform II zum äusserst knappen Durchbruch zu verhelfen, die nicht nur massive Steuerausfälle gebracht hat, sondern auch der Logik des ungebremsten Wirtschaftswachstums entspricht. Und selbstverständlich ist sie immer mit von der Partie, wenn es um die sogenannte Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten geht. Und sie setzt sich schon seit langem ein für den Bau einer zweiten Autobahnröhre am Gotthard. Von einem Einsatz gegen massloses Wirtschaftswachstum ist in ihrer Politik nichts zu sehen. Ihre Politik straft ihre Abstimmungspropaganda Lügen.

Menschen werden ihrer Entscheidungsfreiheit beraubt

Das Ziel der SVP mit der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative ist ein ganz anderes. Sie will die Freiheit und die Würde der Menschen untergraben. In erster Linie will sie die Rechtsstellung unserer ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner schädigen, die nicht schon dem diskriminierenden Regime für sogenannte Drittstaaten-Angehörige unterworfen sind. Die mit der EU ausgehandelte Personenfreizügigkeit ist zwar bei weitem nicht so liberal, wie sie das in der Blütezeit des Liberalismus vor dem Ersten Weltkrieg war. Damals genützte das «Wanderbuch» (französisch: Livret d'ouvrier; «Gültig fürs In- und Ausland ohne Zeitbeschränkung») als alleiniges Reisedokument, das weder eine Fotografie noch Fingerabdrücke enthielt und schon gar keine biometrischen Daten wie die aktuellen Personalausweise.

Aber selbst die heutige rechtlich in mehrfacher Hinsicht beschränkte Personenfreizügigkeit ist für die SVP ein Stein des Anstosses, da sie Menschen aus dem EU/EFTA-Raum erlaubt, mit gewissen Beschränkungen selber zu bestimmen, wo sie in diesen Ländern leben und arbeiten wollen. Diese Freiheit will die SVP beseitigen und der staatlichen Bürokratie die Entscheidung übertragen, wem diese eine Arbeitsbewilligung erteilen will. Die Interessen der Menschen hätten dabei keine Rolle zu spielen, nur jene der Arbeitgeber wären zu berücksichtigen.

Es sollen nurmehr Arbeitskräfte (vorübergehend) kommen dürfen

Mit der Initiative würde in der Verfassung verankert, dass der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen beschränkt werden kann. Die Absicht der SVP ist sonnenklar, es sollen nur Arbeitskräfte in die Schweiz kommen dürfen, und auch diese nur vorübergehend. Willkürlich könnte ihnen ein weiterer Aufenthalt in der Schweiz untersagt werden, es könnte den Arbeitenden verboten werden, mit ihren Familien zusammenzuleben. Und mit dem Druckmittel, dass der Anspruch auf Sozialleistungen für die Zugewanderten beschränkt werden kann, würde die SVP den Sozialstaat mit AHV, SUVA und Arbeitslosenkasse auch für die Schweizerinnen und Schweizer zu demontieren versuchen. Willkommen sind der SVP hingegen Superreiche, die ihren Ländern dringend benötigte Steuergelder vorenthalten und mit einer symbolischen Pauschalsteuer angelockt werden.

Nun mag eingewendet werden, dass die Beschränkung von Aufenthalt, Familiennachzug und Sozialleistungen nur als Kannformulierung in die Verfassung zu stehen käme und

Nach dem Ja zur 'Masseneinwanderungsinitiative':

Weder Panikreaktionen noch vorseilender Gehorsam gegenüber der SVP sind hilfreich – vertiefte Analysen und umsichtiges Handeln sind angesagt

Seit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 ist sehr viel an Unbedachtem und Fragwürdigem gesagt und geschrieben worden. Die Mehrheit der Stimmenden und der Kantone hat der Initiative zugestimmt, die damit zum Bestandteil der Bundesverfassung geworden ist. Gemäss dem vorläufigen amtlichen Endergebnis nahmen 55,8 Prozent der Stimmberechtigten an der Abstimmung teil und haben 50,3 Prozent von ihnen der Initiative zugestimmt. Es war also nicht einfach 'das Volk', das Ja gesagt hat. Die Stimmbeteiligung war weniger tief als auch schon, aber sie hat bei weitem nicht einmal zwei Drittel erreicht. Die Initiative braucht zu ihrer Umsetzung eine gesetzliche Konkretisierung, die selbstverständlich dem Referendum untersteht. In einer Abstimmung darüber wären die Stimmberechtigten selbstverständlich frei, Ja oder Nein zu sagen.

Nicht nur deshalb ist es offen, wie eine Umsetzung aussehen wird. Das Volksbegeh-

ren sieht ausdrücklich Verhandlungen über völkerrechtliche Verträge vor, die im Widerspruch zu den Bestimmungen der Initiative stehen. Bei Verhandlungen sind naturgemäss die Interessen beider Seiten zu berücksichtigen. Ihr Ergebnis ist also auch zu gewichten.

Die SVP vertritt nicht den Volkswillen

Die SVP hat zwar die Initiative lanciert, zugestimmt hat jedoch die Mehrheit der Stimmenden. Die Auslegung des Initiativtextes durch die SVP ist deshalb nicht à priori die authentische Interpretation, sondern nach wie vor eine Parteimeinung. Der SVP oder Repräsentanten von ihr eine Sonderrolle bei der Umsetzung der Initiative oder in den Verhandlungen mit der EU einzuräumen, ist deshalb alles andere als gerechtfertigt.

Mit der Behauptung, sie vertrete den Willen 'des Volkes' (als ob es nicht höchst unterschiedliche Auffassungen habe) versucht die

SVP, Druck zur Umsetzung ihrer Vorstellungen zu machen. Da muss in aller Bescheidenheit darauf hingewiesen werden, dass auch die SVP Volksentscheide zu hintertreiben versucht, die ihr nicht in den Kram passen. So setzt sie sich vehement für den Bau der zweiten 'Gotthardröhre' ein – in diametralem Gegensatz zum vom Volk angenommenen Alpenschutzartikel.

So will auch sie die Bestimmungen der Zweitwohnungsinitiative durchlöchern, trotz Annahme durch Volk und Stände. Und seit der Zustimmung des Volkes zum Antirassismusesetz (dem Strafrechtsartikel 261^{bis}) wird die SVP nicht müde, immer wieder seine Abschaffung und auch den Austritt der Schweiz aus der Antirassismuskonvention zu fordern. Das 'Volk' ist nicht nur das 'Volk' wenn es der SVP passt. Und schliesslich muss darauf hingewiesen werden, dass in einer Demokratie Volksentscheide revidierbar sind. Gerade das macht die Demokratie aus. (rt)

es schon nicht so schlimm kommen werde. Dem muss entgegengehalten werden, dass die SVP bewiesen hat, dass sie sich nicht mit Halbheiten in ihrem Sinne zufrieden gibt. So hat sie in den letzten Jahrzehnten Schritt für Schritt erreicht, dass das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden ist. In den Asyl-Konzentrationszentren, für die der Probebetrieb anläuft, sollen Asylsuchende von der Öffentlichkeit abgeschottet werden und ihnen zugleich der von Bundesrätin Sommaruga gewünschte Rechtsschutz weitgehend vorenthalten werden. Da hat die SVP unverständlicherweise Unterstützung von der FDP erhalten.

Schweiz gegen alle Flüchtlinge abschotten

Mit der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative will die SVP die Flüchtlingspolitik weiter unter Druck setzen, in dem das Asylwesen völlig sachfremd in die Kontingentszahlen einbezogen werden soll. Fluchtgründe sollen keine Rolle mehr spielen, ob eine Person Asyl erhalten soll, sondern eine vorgegebene Zahl soll zum primären Entscheidkriterium für die Selektionsbürokratie werden. Dafür gibt es doch ein schreckliches historisches Vorbild. Mit diesem Druckmittel will die SVP kurzfristig verhindern, dass die Schweiz in Zusammenarbeit mit dem UNO-Flüchtlingshochkommissariat wieder Kontingentsflüchtlinge aufnimmt, wie das der Bundesrat vor gut einem Jahr beschlossen hat (wenn auch in beschämend bescheidener Zahl). Sein Zick-Zack-Kurs in der Flüchtlingspolitik gegenüber Syrien zeigt, dass die SVP-Initiative schon vor der Abstimmung eine grausame Vorwirkung auf Kosten von wehrlosen Kriegsoptionen erzielt hat.

Wie verbissen die SVP ihre menschenverachtende Politik verfolgt, beweist sie auch im Zusammenhang mit ihrer 'Ausschaffungsinitiative'. Sie will eine menschenrechtskonforme Umsetzung der Bestimmungen, unter Beachtung des elementaren rechtsstaatlichen Grundsatzes der Verhältnismässigkeit, verhindern und hat zu diesem Zweck mit der 'Durchsetzungsinitiative' – einem mehrseitigen initiativrechtlichen Monstrum – nachgedoppelt. Auch diese Initiative hat ihre Vorwirkung nicht verfehlt. Denn inzwischen hat die SVP für eine menschenrechtsverletzende Ausführungsgesetzgebung Sukkurs von der FDP erhalten, die damit grundsätzlich mit ihrer Geschichte als Begründerin des Liberalismus in der Schweiz gebrochen hat.

Es gibt keinen Grund zur Hoffnung, dass sich die SVP nach einer Annahme der 'Masseneinwanderungsinitiative' damit zufrieden gäbe, dass die Beschränkung des Anspruchs auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen totor Buchstabe bleiben würde. Die Themen für nächste Dauerkampagnen wären damit gesetzt, bis zum Erreichen des Ziels, die Ausländerinnen und Ausländer generell zu behördlicher Willkür ausgelieferten Untermenschen zu degradieren.

Angriff auf Freiheitsrechte der Schweizer

Mit ihrer sogenannten Masseneinwanderungsinitiative will die SVP aber nicht nur die Rechtsstellung der Ausländerinnen und Ausländer untergraben, sondern ebenso die Rechte der Schweizerinnen und Schweizer. Der bereits erwähnte Angriff auf den Sozialstaat ist nur die eine Seite. Die Aufhebung der Personenfreizügigkeit mit der EU würde diese auch für die Schweizerinnen und Schweizer



abschaffen und ihnen die Freiheit beschneiden, im EU/EFTA-Raum wohnen und arbeiten zu dürfen. Auch sie würden wieder je nach Land unterschiedlichen bürokratischen Anforderungen bis Schikanen unterworfen. Das ist für die SVP kein 'Kollateralschaden' ihrer Diskriminierungspolitik, sondern eine durchaus erwünschte Nebenwirkung. Nicht nur Zu-, sondern auch Auswanderung ist ihr suspekt, denn was sollte einen guten Schweizer nach SVP-Geschmack ins böse Ausland ziehen?

Dementsprechend zielt sie mit der Beschränkung des Familiennachzugs auch auf jene Schweizer und Schweizerinnen, die eine Ausländerin bzw. einen Ausländer heiraten, die ebenso unerbittlich der Kontingentierung unterworfen würden wie alle anderen AusländerInnen. Also wäre es solchen Paaren nicht mehr ohne Weiteres möglich, gemeinsam in der Schweiz zu leben. Denn aus solchen Ehen gehen ja 'Halbschweizer' hervor, was dem SVP-Schweizbild eines rassenreinen Landes widerspricht. Dem entsprechend will sie ja auch die Rechtsgleichheit unter den Schweizer BürgerInnen nicht akzeptieren und die Eingebürgerten zu ZweitklassbürgerInnen degradieren.

Im «Manifest für einen offenen Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz» vom Januar 2014 betont der Schweizerische Nationalfonds, unterstützt von den Rektoren der Schweizer Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und den Präsidenten der Schweizerischen Akademien der Wissenschaften, die herausragende Bedeutung der Personenfreizügigkeit für den Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz. Auch in diesem Bereich geht es nicht nur darum, dass hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne Schikanen in die Schweiz kommen können, sondern auch um die Möglichkeit von Studierenden und Forschenden, sich unkompliziert im europäischen Ausland weiterentwickeln zu können.

Die Schweiz aus der UNO herausbrechen?

Mit ihrer 'Masseneinwanderungsinitiative' will die SVP aber nicht nur die Würde und die Freiheit von AusländerInnen und SchweizerInnen untergraben, es geht ihr auch um einen Angriff auf die Rechtsordnung, die Menschenrechte und die Stellung der Schweiz in der Welt. Schon länger führt sie ja ihre Kampagne «Landesrecht vor Völkerrecht». Damit soll die Schweiz nicht

länger Teil der Völkergemeinschaft sein, die ihr Verhältnis untereinander ja logischerweise mit dem Völkerrecht regelt. Dafür hat sie ein – alles andere als schmeichelhaftes – historisches Vorbild: Das nationalsozialistische Deutschland unter seinem Führer. Mit seinem Austritt aus dem Völkerbund und dem Erlass der Rassengesetze in den Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts ist das Deutsche Reich konsequent den Weg Landesrecht vor Völkerrecht gegangen. Mit verheerenden Folgen nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. So drastisch wären die Folgen nicht, wenn sich die SVP mit ihrer Vorstellung durchsetzen könnte, zumindest nicht für die Welt. Denn die Schweiz ist nicht in der Lage, einen Weltbrand auszulösen. Aber wollen wir die Schweiz wirklich in eine vergleichbare Isolation wie Iran oder Nordkorea manövrieren?

So drastisch wären die Folgen einer Annahme der so genannten Masseneinwanderungsinitiative selbstverständlich nicht. Vorläufig würde dies mit grösster Wahrscheinlichkeit lediglich zur Aufhebung der Personenfreizügigkeit und weiterer bilateraler Abkommen mit den EU/EFTA-Staaten führen – mit den oben geschilderten Konsequenzen für AusländerInnen und SchweizerInnen. Allerdings zielt die Initiative über dieses Ziel hinaus. Gemäss ihr sollen generell völkerrechtliche Verträge, die ihr widersprechen, neu verhandelt und angepasst werden.

Kinderrechtskonvention kündigen?

Dabei geht es in erster Linie um Menschenrechtsverträge. Diese beinhalten zwar in der Regel eine Revisionsklausel. Aber es ist praktisch undenkbar, dass ein Begehren auf Einschränkung der Menschenrechte mehrheitsfähig wäre. Eine realistische Konsequenz wäre, dass beispielsweise die UNO-Kinderrechtskonvention gekündigt werden müsste – wegen dem Recht auf Familienleben. Das entspricht durchaus den Zielsetzungen der SVP. Aber auch weitere Menschenrechtskonventionen, wie die EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) oder die UNO-Menschenrechtspakte könnten betroffen sein. Bei letzteren gäbe es allerdings das Problem, dass diese unkündbar sind. Aber was kümmert das die SVP. Sie will ja sowieso die Konfrontation mit der Weltgemeinschaft suchen und würde noch so gerne einen Austritt aus der UNO in Kauf nehmen.

Das grosse Gripen-Argumentarium zum 18. Mai

Am 18. Mai 2014 kommt die Finanzierungsvorlage für die Beschaffung von 22 neuen Kampfflugzeugen des schwedischen 'Gripen' als Ersatz für die Tiger-Flotte zur Abstimmung, gegen die das «Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge» das Referendum ergriffen hat. Nach einer endlosen Beschaffungsdiskussion, bei der es vor allem um den Typ des



neuen Kampffjets und weniger um den Sinn neuer Kampfflugzeuge ging, stellen wir auf diesen Seiten die wichtigsten Argumente gegen die Gripen-Beschaffung zusammen. Es soll vor allem Argumente für Diskussionen, Veranstaltungen und Leserbriefe liefern. Quelle und weiteres Material: Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge. www.stop-gripen.ch

I. Eine planlose Milliardenbeschaffung

Die Politik hat es nicht geschafft, klar zu definieren, was der Auftrag der Luftwaffe sein soll. Und das VBS ist nicht in Lage zu benennen, welches die wichtigsten Bedrohungen unseres Landes sind. Ohne konkreten Auftrag und ohne seriöse Gefahrenanalyse macht es aber keinen Sinn, zusätzliche Kampfflugzeuge zu beschaffen.

Die Bundesverfassung und das Militärgesetz übertragen der Armee drei Aufgaben: Erstens Verteidigung, zweitens Unterstützung der zivilen Behörden und drittens Friedensförderung im internationalen Rahmen. Diese drei Aufgaben geben den grundsätzlichen Rahmen vor, in dem sich die Armee zu bewegen hat. Allerdings finden seit Jahren heftige Diskussionen darüber statt, welcher der erwähnten Aufgaben welche Bedeutung zukommen soll und wie die Aufgaben genau zu interpretieren sind. Während die politische Rechte bzw. konservative Kreise den Hauptzweck der Armee vor allem in der Landesverteidigung sehen, wollen Teile der Mitte-Parteien bzw. der Linken die Friedensförderung im internationalen Rahmen stärken.

Bei der Unterstützung der zivilen Behörden finden im konkreten Fall regelmässig Diskussionen statt, welche Aufgabe die Armee nun übernehmen darf und soll. Gerade im Bezug auf Einsätze, die grundsätzlich als polizeiliche Aufgabe zu betrachten sind, bestehen Abgrenzungs- und Kompetenzprobleme. Die Armee befindet sich in den letzten Jahren in einem ständigen Reform- und Umbauprozess. Bedingt durch den Mauerfall musste sich die Armee

grundsätzlich neu ausrichten. So wurde unter Kaspar Villiger die Armee reform 95 aufgelegt. Sein Nachfolger Adolf Ogi baute die Armee unter dem Motto «Sicherheit durch Kooperation» um. Samuel Schmid's Konzept hiess Armee XXI.

Das aktuelle Armee reformprojekt nennt sich «Weiterentwicklung der Armee» (WEA). Aus dem 61-seitigen Bericht geht hervor, wie die Zukunftsplanung gestaltet werden soll. So ist ein zweistufiger Prozess geplant. In der ersten Phase, die bis 2020 terminiert ist, sollen primär die erkannten Mängel der Armee XXI behoben, die Einsatzbereitschaft der Truppe verbessert und die Ausbildung von Kadern

und Truppe optimiert werden. Parallel dazu soll geplant werden, wie die Armee auf absehbare künftige Bedrohungen ausgerichtet werden soll. Aufschluss über die nach 2020 beginnende zweite Phase soll ein neuer Sicherheitsbericht geben, den Ueli Maurer noch in dieser Legislatur bis 2015 präsentieren will.

Nach wie vor grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten: Die verschiedenen Reformen haben wie oben stehend bereits erwähnt allerdings nicht dazu geführt, dass die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Ausrichtung der Armee aus dem Weg geräumt werden konnten. Die NZZ fasste die Situation in einem Kommentar im April 2013 wie folgt zusammen: «Das hohe Reformtempo, dem die Schweizer Milizarmee in den letzten zwei Jahrzehnten unterworfen war, hat die Organisation wohl überfordert. In gleicher Weise trifft das auf die Politik zu. Die National- und Ständeräte, die auf der Grossbaustelle Armee noch den Überblick haben, sind zu einem sehr überschaubaren Grüppchen geschrumpft.»

Die Unsicherheit, in welche Richtung die Armee entwickelt werden soll, zeigen zudem die massiven Meinungsunterschiede bei der Höhe des erwünschten Armeebestandes. Zahlen von 60'000 bis 120'000 werden bei jenen Kreisen, welche die Armee grundsätzlich befürworten, als sinnvoll bzw. notwendig angesehen. Fazit: Angesichts der ungeklärten Grundsatzfragen rund um die Ausrichtung der Armee ist die Grossinvestition Gripen nicht zu vertreten. Kein gut geführtes Unternehmen würde Milliarden in ein Projekt mit hohen Risiken investieren, wenn gleichzeitig im Verwaltungsrat Unklarheit über die Strategie des Unternehmens vorhanden wären. **Die Reihenfolge muss heissen: Zuerst Klarheit zur Ausrichtung – dann Diskussionen über die Verwendung von Steuergeldern.**

LEERE KASSEN?

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN!

BÜNDNIS «NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN»

WWW.STOP-GRIPEN.CH

II. Wie viele Kampjets für die Luftpolizei nötig sind

Wenn die Schweiz den Gripen kaufen würde, hätten wir in Zukunft 54 statt 32 Kampjets. Die Befürworter neuer Kampfflugzeuge behaupten, dass das nötig sei, um den Luftpolizeidienst zu gewährleisten. Das ist falsch. Für die Luftpolizei und ihre Aufgaben reichen die jetzigen F/A-18-Flugzeuge noch während Jahrzehnten aus.

Unter den Begriff der Luftpolizei fallen diverse unterschiedliche Aufgaben: 1. Luftverkehrspolizei, 2. Überprüfung von nicht identifizierten Flugzeugen und 3. Einsätze gegen Terroristen. Es lohnt sich, diese verschiedenen Aufgaben im Detail zu betrachten. Denn auch ohne neue Kampfflugzeuge kann die Luftwaffe alle diese Aufgaben ohne Probleme erfüllen.

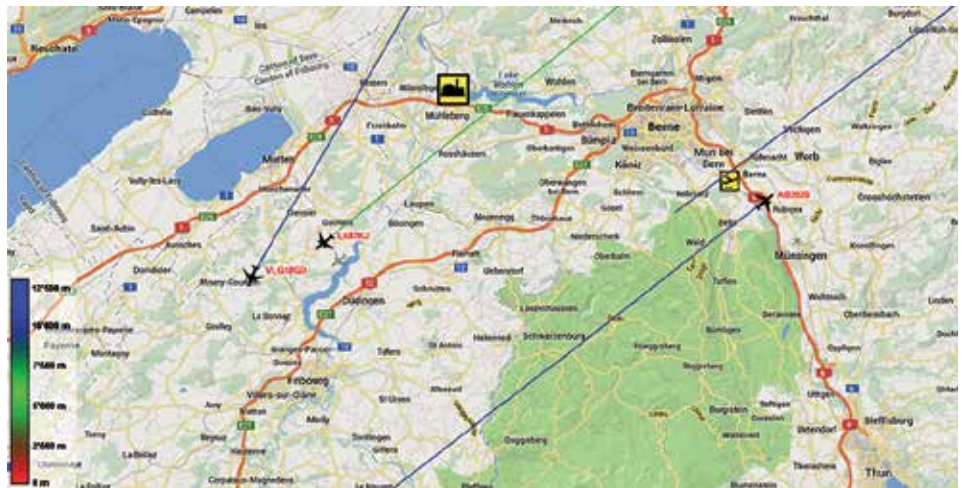
Luftverkehrspolizei

Immer wieder kommt es vor, dass Hobbypiloten die Orientierung verlieren, jemand die Regeln des Flugverkehrs missachtet oder in einem Flugzeug das Funkgerät ausfällt. Eine rasche Intervention der Luftpolizei ist unerlässlich, wenn beispielsweise ein Amateurpilot versehentlich mit ausgeschaltetem Funk auf die Anflugschneise eines internationalen Flughafens zusteuert. Solche Situationen kommen in der Schweiz etwa einmal pro Monat vor.

Überprüfung von nicht identifizierten Flugzeugen

Eine ähnliche Aufgabe ist das Überprüfen von nicht identifizierten Flugzeugen sowie das Eskortieren von ausländischen Staatsmaschinen. Dies kommt mehrmals pro Woche vor. Eine besondere Bedeutung erhält diese Aufgabe im Falle eines bewaffneten Konfliktes. Dann hat die Schweiz die Aufgabe, keine Überflüge von Militärmaschinen der Kriegsparteien zu dulden. Dies war zum Beispiel während des Kosovo- oder des Irakkrieges relevant.

Der Irakkrieg hat aber auch gezeigt, dass die Durchsetzung der Neutralität nicht ein militärisches oder technisches, sondern ein politisches Problem ist: Der Bundesrat erlaubte damals den USA schon gut einen Monat nach Kriegsbeginn Überflüge wieder, was eine Verletzung der Neutralitätspflichten der Schweiz darstellte. Wenn die politische Führung nicht willens ist, die



Neutralität der Schweiz durchzusetzen, nützen auch zusätzliche Kampjets nichts.

Einsätze gegen Terroristen

Die dritte Art des Luftpolizei-Einsatzes betrifft entführte Flugzeuge, die als Terrorinstrument benutzt werden (im Fachjargon «Renegade-Fall» genannt). Es gibt ein einziges Ereignis, bei dem Terroristen mit Flugzeugen einen Anschlag verübt haben: Den 11. September 2001. Dieses beispiellose Verbrechen hat gezeigt, dass selbst die stärkste Luftwaffe der Welt völlig machtlos ist, wenn es Terroristen gelingt, ein Verkehrsflugzeug in ihre Gewalt zu bringen: Zwischen dem Zeitpunkt, als die Flugsicherung die Entführung erkannt hatte, und dem Anschlag vergingen nur wenige Minuten. Die Luftwaffe hatte nicht die geringste Möglichkeit einzugreifen.

Wie absurd es ist zu glauben, dass man mit Kampfflugzeugen einen Terroranschlag verhindern könnte, zeigt obenstehende Grafik. Auf der Karte ist die Flugroute einer A320 der Swiss dargestellt, die das AKW Mühlebühl in einer Höhe von 5000 Metern überfliegt (LX-87KJ, in grün). Würde die Maschine entführt, dauert es vom Abweichen von der Flugroute bis zum Einschlag weniger als eine Minute. Kein Kampfflugzeug der Welt könnte dies verhindern. Um Terroranschläge mit Flugzeugen zu verhindern, sind Sicherheitsmassnahmen nötig, die eine Entführung grundsätzlich verhindern. Ist eine Maschine bereits unter der Kontrolle von Gewalttätern, ist es für ein Eingreifen zu spät.

Selbst wenn es theoretisch möglich wäre, ein entführtes Flugzeug abzuschiessen: Erlaubt wäre dies nicht. Die Zürcher Rechtsprofessorin Helen Keller hält fest: Erstens gelte das Recht auf Leben und der Schutz der Menschenwürde auch in diesem Fall und zweitens genüge eine einfache Verordnungsbestimmung nicht, um einen solch schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte zu legitimieren. Der Abschuss von Zivilflugzeugen mit unbeteiligten Insassen in der Schweiz bezeichnet Keller deshalb als unzulässig.

Wie viele Jets sind nötig?

Wie viele Jets braucht es nun aber, um in der Schweiz den Luftpolizeidienst zu gewährleisten? Ein Blick über die Landesgrenzen fördert Erstaunliches zutage. In Deutschland sind es gerade einmal vier Flugzeuge, welche für die Sicherheit des Luftverkehrs sorgen: Je zwei Jets

stehen im niedersächsischen Wittmund und im bayrischen Neuburg am Bodensee bereit, falls die Flugsicherung bei einer Notlage ein Eingreifen anordnet. Diese sogenannten Alarmrotten werden etwa dreissig Mal pro Jahr zu Hilfe gerufen. Geht man davon aus, dass die Schweiz wegen ihrer Topographie ebenfalls zwei Alarmrotten bereitstellt, und rechnet man noch zusätzliche Flugzeuge für Ausbildung und Wartung hinzu, kommt man auf rund 12 Flugzeuge. Österreich leistet sich 15 Kampjets für diese Aufgaben. Die Schweiz braucht also weder 54 Kampjets (wenn der Gripen gekauft wird) noch 32 Kampjets (ohne Gripen), sondern nur 12.

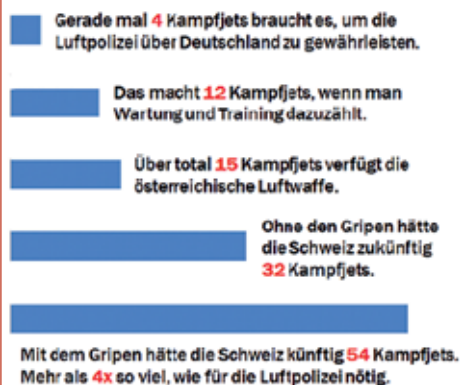
Durchhaltefähigkeit

Gripen-Befürworter rechtfertigen die Beschaffung damit, dass es eventuell dereinst Szenarien geben könnte, in denen es nicht mehr reiche, wenn sich die Abfangjäger der Luftpolizei am Boden bereithielten. Wenn ein Terrorangriff mit einem Flugzeug drohe, müssten konstant mindestens vier Kampfflugzeuge in der Luft kreisen, um eine Chance zu haben, den Anschlag rechtzeitig zu verhindern.

Das vbs verwendet das Wort Durchhaltefähigkeit, um zu beschreiben, wie lange ein solcher Einsatz möglich wäre. In der Modellrechnung des vbs könnte die Luftwaffe in einer solchen Situation nur zweieinhalb Wochen dauernd in der Luft sein, wenn wir den Gripen nicht kaufen. Danach müssten alle Flugzeuge gewartet werden. Wenn die Luftwaffe zusätzlich 22 Gripen-Jets hätte, würde sich dieser Zeitraum gemäss diesen Modellrechnungen auf fünf Wochen verlängern.

Diese Szenarien und Modellrechnungen basieren jedoch auf unrealistischen Annahmen. Eine Annahme ist, dass die Wartung weiterhin nur während der normalen Bürozeiten geleistet würde – obwohl es kaum vorstellbar ist, dass in einer solchen Notlage nicht auf Schichtbetrieb umgestellt würde und die Flugzeuge damit viel rascher wieder Dienst leisten könnten. Zusätzlich gehen diese Szenarien davon aus, dass die Schweiz in der Abwehr eines solchen Terrorangriffs völlig auf sich allein gestellt wäre. Auch das ist kaum vorstellbar, denn die Schweiz hat mit allen Nachbarn für solche Fälle Kooperationsabkommen geschlossen. **Geht man von realistischeren Annahmen aus, kommt man zum Schluss, dass auch in solchen Situationen die Luftwaffe mit den F/A-18 über mehr als genügend Jets verfügt.**

Zahlen zur Luftpolizei



Hinweis: Flugzeuge, die in erster Linie Trainingszwecken dienen, sind nicht aufgeführt (Schweiz: 44 Pilatus-Flugzeuge; Österreich: 12 Pilatus-Flugzeuge und 27 in den frühen 1960ern entwickelte Saab 105)

III. Gesamtkosten: Rund 10 Milliarden Franken

Der Gripen ist teurer als die heutigen F/A-18. Insgesamt wird die Beschaffung mehr als 10 Milliarden Franken kosten. Das sind mehr als 2500 Franken pro Haushalt. Denn Kampffjets kosten nicht nur bei ihrer Beschaffung, sondern während ihrer ganzen Lebensspanne. Nachrüstungen, zusätzliche Waffensysteme und Unterhalt kosten nochmals etwa doppelt so viel wie der eigentliche Kaufpreis.

Glaubt man der Werbung der Gripen-Befürworter, geht es beim Referendum um die Kampffjet-Milliarden 'nur' um etwas mehr als drei Milliarden Franken. Dies sind jedoch bloss die reinen Beschaffungskosten. Dazu kommen die Kosten für die voraussehbaren Modernisierungen, die Beschaffung von zusätzlicher Munition, Lenk Waffen und Bomben sowie den Unterhalt. Ausserdem müssen noch die Kosten für Immobilieninvestitionen über 105 Millionen Franken sowie die übergangsweise Anmietung von elf Gripen für 245 Millionen Franken (ohne Betriebskosten) einberechnet werden. In Tat und Wahrheit entscheiden wir also über die Ausgabe von fast zehn Milliarden Franken, wie bereits bei der Beschaffung des F/A-18 (vgl. Tabelle rechts oben). Da der Gripen E noch nicht fertig entwickelt ist, könnten die Kosten sogar noch deutlich höher ausfallen. Das Risiko dafür zahlen die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Zehn Milliarden sind eine sehr abstrakte Zahl. Fassbarer wird der Betrag, wenn man ihn auf die Bürgerinnen und Bürger rechnet. Der Betrag, den jeder Schweizer Haushalt im Durchschnitt für den Gripen mit seinen Steuergeldern bezahlen wird, beläuft sich auf 2581 Franken. Nach der Beschaffung der F/A-18 verzichtete der Bundesrat als kleinen Ausgleich für die hohen Ausgaben im darauffolgenden Jahr (1994) auf ein Rüstungsprogramm. Obwohl dies Bundesrat und Parlament anfänglich

VERGLEICH GESAMTKOSTEN F/A-18 VS. GRIPEN	F/A-18	GRIPEN
Kaufpreis	3'495	3'126
Beschaffungsprojekt	70	25
Immobilieninvestitionen	250	105
Nachrüstungen bis 2013	1'562	-
Hochrechnung: Nachrüstungen bis Ende Lebensdauer	1'200	3'000
Instandhaltungs- und Betrieb während der gesamten Lebensdauer (je 35 Jahre)	4'025	3'570
Zwischenmiete	-	245
Total Kosten (in Mio. CHF)	10'602	10'071

auch für die Beschaffung des Gripen E versprochen, bewilligte das Parlament nun für 2013 ein zusätzliches Rüstungsprogramm über 740 Millionen Franken.

Quellenangaben

Beschaffungskosten sowie Betriebskosten Gripen: www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/28582.pdf, S. 34 und S. 35, pro Flugzeug: 142 Millionen.

Nachrüstungen F/A-18: Rüstungsprogramme: www.ar.admin.ch/internet/armasuisse/de/home/dok/dokarm.html (RP 1990-2007) sowie www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/themen/rust.html (ab RP 2008)

Beschaffungskosten F/A-18: Gemäss Botschaft des Bundes zur F/A-18-Beschaffung, Seite 687: 3.495 Milliarden, teuerungsberichtigt (www.portal-stat.admin.ch/liik_rechner/d/liik_rechner.htm) 4.440 Milliarden, pro Flugzeug: 130 Millionen.

Betriebskosten F/A-18: Dazu gibt es widersprüchliche Angaben. Der Vergleichswert wäre eigentlich die Angabe in der Rüstungsbotschaft zum F/A-18. Gemäss dieser Botschaft belaufen sich die jährlichen Kosten der F/A-18-Flotte auf 49 Millionen (Botschaft des Bundes zur F/A18-Beschaffung, Seite 777). Das sind 62 Millionen nach heutigen Preisen. Aktuelle Zahlen sprechen jedoch von bis zu 175 Millionen

Franken pro Jahr (www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20133429, 5'736 Flugstunden à 30'6000 Franken). Der Bundesrat hat die laufenden Kosten damals also massiv unterschätzt. Um die laufenden Kosten der F/A18-Flotte mit den Angaben in der Botschaft zur Gripen-Beschaffung zu vergleichen, haben wir den Mittelwert der geschätzten und der tatsächlichen Kosten des F/A-18 verwendet, also rund 115 Millionen pro Jahr für die gesamte Flotte oder 3.45 Millionen pro Flugzeug. Mit anderen Worten: Wir gehen davon aus, dass der Bundesrat beim Gripen doppelt so akkurat schätzt wie beim F/A-18. Wir sind uns bewusst, dass das eine grobe Schätzung ist – welche den Gripen potenziell in einem zu guten Licht erscheinen lässt.

Hochrechnung Nachrüstungen Gripen: Die Hochrechnung basiert auf Aussagen von Ruag-Experten und eigenen Schätzungen. Zu beachten gilt, dass die weltweite Stückzahl des Gripen E weit unterhalb derjenigen des F/A-18 liegen wird. Deshalb werden sich die Entwicklungskosten für Upgrades auf eine geringere Anzahl Nutzer verteilen.

Kosten pro Haushalt: Gesamtkosten von 10'070 Mio. Franken, geteilt durch die geschätzte Anzahl Haushalte in der Schweiz in der Mitte der Lebensdauer des Gripen (www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/03/blank/key_hhsz.html), nämlich 3'901'300. Der Hinweis zur Verwendung der letztgenannten Zahl stammt von <http://storify.com/zgummer/2547-franken-pro-haushalt>.

IV. Der Gripen-Kauf würde zu weiteren Sparpaketen führen

In zahlreichen Kantonen und Gemeinden sind für die kommenden Jahre Sparpakete geplant. Diese haben teilweise massive Einschnitte im Gesundheitswesen, bei der Bildung und bei der öffentlichen Sicherheit zur Folge. Mit dem Kauf des Gripen würde der Spardruck weiter verschärft.

In fast zwei Dritteln der Kantone sind Sparpakete am Laufen und weitere Sparmassnahmen für die kommenden Jahre geplant. Addiert man sämtliche Sparbemühungen für das Jahr 2014 zusammen, kommt man auf einen Betrag von über einer Milliarde Franken. In diesem Betrag noch nicht eingerechnet ist die im Januar 2014 bekannt gewordene Tatsache, dass bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) aufgrund von Bewertungsverlusten auf den Goldbeständen ein grosser Verlust entsteht. Folglich müssen Bund und Kantone im laufenden Jahr auf die Gewinnausschüttung der SNB verzichten. Für die Kantone geht es um einen Fehlbetrag von insgesamt 667 Millionen Franken, welcher

im Jahr 2014 nicht zur Verfügung stehen wird. Auch in den nächsten Jahren muss damit gerechnet werden, dass die SNB keine Gewinne mehr ausschütten kann.

Die Sparmassnahmen haben längst Auswirkungen auf Bereiche, die im Alltag ganz konkrete Einschnitte zur Folge haben. Exemplarisch zeigt sich dies beim Kanton Bern: Weit mehr als 100 Millionen Franken werden in der Spitalversorgung, bei der Spitex sowie in Alters- und Behinderten-Institutionen eingespart. Zudem werden bei der Kantonspolizei Bern massiv Stellen gestrichen. Zusätzlich spart Bern bei der Bildung. Auch im Kanton Luzern wurde und wird das Bildungswesen nicht verschont. Berufsschulen und Gymnasien müssen eine Woche 'Zwangserferien' einführen.

Neben den Kantonen sind auch in zahlreichen Städten und Gemeinden Kürzungen umgesetzt und weitere geplant. So werden beispielsweise in Winterthur, immerhin der sechstgrössten Stadt der Schweiz, die Schneeräumung und die Strassenreinigung nur noch

reduziert durchgeführt. Der Gemeinderat hat zudem über die Streichung der Schulreisen und Klassenlager beraten.

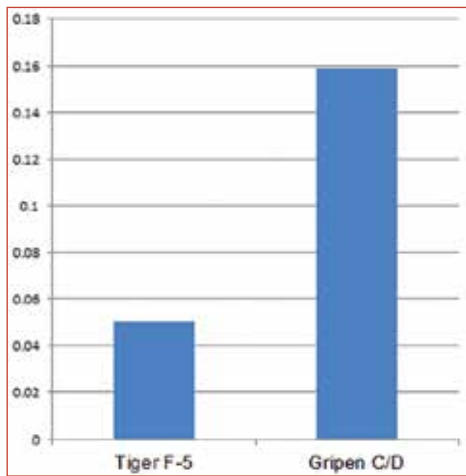
Auf Bundesebene sind ebenfalls verschiedene Sparbestrebungen im Gang. In der Winter-session 2013 diskutierte der Nationalrat unter anderem Kürzungen beim Hochwasserschutz und dem Grenzwachtkorps. Auch vor der Sicherheit macht der Spardruck also nicht halt. Ab dem Jahr 2015 sieht das Bundesbudget ein strukturelles Defizit von 300 Millionen Franken vor. Die Aufstockung des Armeebudgets um 300 Millionen Franken von 4,7 Milliarden auf 5 Milliarden entspricht genau dem Betrag der als Defizit ab 2015 jährlich ausgewiesen wird. Das bedeutet: Wenn wir auf den Kauf neuer Kampffjets verzichten, müsste der Bund nicht sparen.

Fazit: Der Gripen-Kauf würde die geplanten Sparpakete in kommenden Jahren noch drastischer ausfallen lassen. Denn jeder Franken, den wir für den Kampffjet ausgeben, fehlt anderswo.

V. Viel mehr Lärm als beim Tiger

Kampffjetlärm ist für die Regionen um die Militärflugplätze eine ständige Belastung. Die betroffenen Gemeinden sind über den Gripen-Kauf besorgt, denn die Jets von Saab sind deutlich lauter als die heutigen F-5 Tiger.

Die Regionen beispielsweise um Emmen, Meiringen oder Sion leiden bereits heute unter hoher Lärmbelastung durch die Luftwaffe. Der Gripen wird dieses Problem noch verschärfen, da er eine etwa drei mal höhere Schallintensität als die heutigen F-5 Tiger aufweist. Weil das menschliche Gehör Schall logarithmisch verarbeitet, entspricht das einer gefühlten Lautstärke, die um etwa 25 % höher ist als beim F-5 Tiger.



Schallintensität in W/m²: Der Gripen verursacht rund dreimal mehr Lärm als der Tiger. (Grafik: Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge; Daten: armasuisse)



Im schwarz markierten Gebiet um den Flugplatz Emmen erreichen die geschätzten Lärmwerte beim Start eines Gripens mehr als 80 Dezibel. (Grafik: Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge; Form und Grösse des 80-dB-Kegels: armasuisse)

Während der Evaluation des neuen Kampffjets hat die EMPA im Auftrag der armasuisse ausgemessen, in welchem Gebiet ein Gripen beim Start Lärm mit einer Lautstärke von 80 Dezibel oder mehr verursacht. Zum Vergleich: Dies entspricht ungefähr dem Lärm eines Presslufthammers. Es ist auch der Grenzwert, ab dem in vielen Ländern Arbeitgeber ihren Angestellten einen Gehörschutz zur Verfügung stellen müssen. Insgesamt liegt eine Fläche von mehr als 50 Quadratkilometern innerhalb dieser besonders stark belasteten Zone. Dies entspricht etwa der doppelten Fläche der Stadt Basel.



VI. Gripen-Trainingsflüge verletzen die Rechte indigener Völker in Schweden

Schweden stellt verschiedenen Staaten und Bündnissen ein Testgelände zur Verfügung (North European Aerospace Testrange, NEAT), in welchem Waffensysteme der Luftwaffe trainiert und getestet werden. Das Kriegsmaterial, das dort getestet wurde, kam unter anderem in den Kriegen im Irak, auf dem Balkan, in Afghanistan, Kaschmir und Libyen zum Einsatz. Dabei verletzt Schweden regelmässig die UNO-Deklaration der Rechte indigener Völker, weil sich das Testgelände auf dem Gebiet der Saami befindet. Auch der Gripen wird auf diesem Gelände getestet, und wenn die Schweiz den Gripen beschafft, würde die Schweizer Luftwaffe dort üben.

Die 'schwedischen' Saami haben eine jahrhundertlange, ununterbrochene historische und kulturelle Verbindung zu den Gebieten, auf denen sich heute das NEAT-Gelände befindet. Seit der Kolonialisierung und Unterdrückung der Saami im 17. Jahrhundert erkannte Schweden erst 1977 die Saami offiziell als Ureinwohner an. 2007 wurde in der UNO die Deklaration zu den Rechten der Ureinwohner angenommen, welche Schweden nicht ratifizierte. Die UNO-Deklaration spricht indigenen Völkern besondere Landrechte über Gebiete zu, die traditionell den Ureinwohnern gehören. Im Falle Schwedens würde das Gebiet, auf dem sich das NEAT-Gelände befindet, dazugehören.

Gemäss der UNO-Deklaration zu den Rechten von Ureinwohnern müssen Staaten, wenn eine militärische Übung stattfindet, «sich effektiv mit den betroffenen Ureinwohnern beraten mittels geeigneter Prozeduren und insbesondere mit deren Repräsentanten». Dies ist in verschiedenen Fällen nicht geschehen. Das war zum Beispiel der Fall, als im Jahr 2009 die NATO-Response-Übung «Loyal Arrow» stattfand, während der die NATO im NEAT-Gelände Bombenabwurfübungen durchführte. Die Saami wurden durch keine offizielle Stelle gefragt, wann militärische Übungen auf NEAT stattfinden können. Auch der neue Saab Gripen E und diverse Waffensysteme wie 'Meteor', mit dem der Gripen für die Schweiz ausgerüstet wird, wurden zur Entwicklung auf dem NEAT-Gelände getestet. Mit dem Gripen-Deal unterstützt die Schweiz also die Unterdrückung der Ureinwohner Schwedens und ist mitverantwortlich für die Verletzung der UNO-Deklaration der Rechte indigener Völker in Schweden.

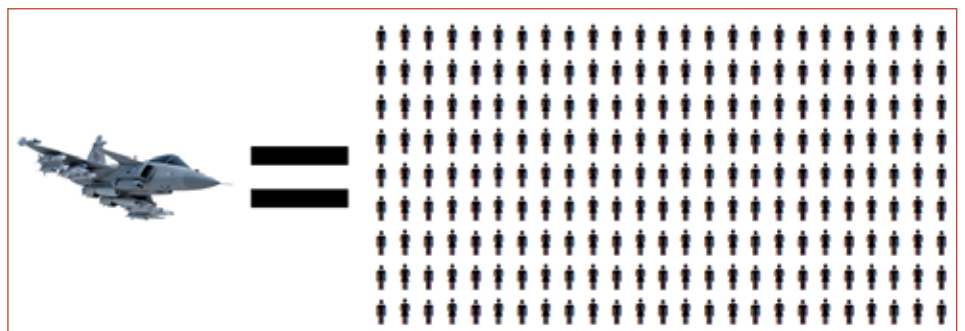
VII. Der Gripen ist klimaschädigend

Der Gripen ist nicht nur teuer, er hat bei vergleichbarer Grösse auch einen wesentlich höheren Kerosinverbrauch als die bisherigen F-5-Tiger. Während der Kerosinverbrauch der F-5-Tiger bei 2600 Litern pro Flugstunde liegt, verbraucht der Gripen 3000 Liter pro Stunde, mit Nachbrenner sogar 9000 Liter pro Stunde.

Mit Nachbrenner übertrifft er sogar die F/A-18 Hornet, die trotz zwei Triebwerken 4850 Liter pro Stunde verbrauchen. Der Mehrverbrauch an Kerosin gegenüber den F-5-Tigern von 400 Liter pro Stunde entspricht mehr als einer Tonne CO₂ pro Stunde. Im Jahr 2012 entfielen 2494 Flugstunden auf die F-5-Tiger. Beim Gripen geht man von jährlich 4000 Flugstunden aus, was die zusätzlichen Emissionen noch einmal in die Höhe treibt. Pro Jahr werden durch den Ersatz der F-5-Tiger durch den Gripen 55'156 Hektoliter Kerosin zusätzlich verbraucht, was zu 13'892 Tonnen CO₂ zusätzlich führt.

Dies notabene in einer Zeit, in der sich die Schweiz um Emissionsreduktionen in sämtlichen Bereichen wie beispielsweise im Verkehr, Bau und Landwirtschaft bemüht. Die Armee scheint davon allerdings ausgenommen zu

sein. Allein der zusätzliche CO₂-Ausstoss pro Jahr gegenüber den F-5-Tigern entspricht dem Jahresverbrauch an CO₂ von 2573 durchschnittlichen SchweizerInnen. Natürlich führt der höhere Kerosinverbrauch auch zu erheblichen Mehrkosten: jährlich wird mit 21 Millionen Franken Ausgaben allein für Treibstoff gerechnet, was 12 Millionen Mehrausgaben gegenüber heute mit den F-5-Tigern bedeutet.



Ein einziger Gripen verursacht ungefähr gleich viel CO₂-Ausstoss wie 225 durchschnittliche Schweizerinnen und Schweizer pro Jahr. Die gesamte Flotte verursacht etwa ebenso viel CO₂ wie das Städtchen Brig. Alle Angaben sind aus dem

Kerosinverbrauch des Gripen C/D berechnet. Der Verbrauch des Gripen E ist noch nicht bekannt. Wegen dem grösseren Triebwerk wird die neue Version voraussichtlich noch mehr Treibstoff verbrauchen.

Der grosse Marsch für Gerechtigkeit



Am 2. Oktober 2012 begann im zentralindischen Gwalior ein gewaltiger Protestmarsch von Hunderttausend aus dem ganzen Land angereisten Menschen, darunter vor allem landlose Bauern und Adivasi (Ureinwohner), über 350 km durch Dörfer und Städte nach Indiens Metropole Delhi. Es war der bisherige Höhepunkt der seit 20 Jahren existierenden Landrechtsbewegung *Ekta Parishad*, die in der Tradition Mahatma Gandhis mit gewaltfreien Aktionen für die Rechte und Würde der Ureinwohner und Landlosen kämpft. Zurzeit läuft der Dokumentarfilm «Millions can walk» in unseren Kinos, der über die Ereignisse berichtet. Anlass für die **FRIEDENSZEITUNG**, über die Ziele der Landrechtsbewegung und über ihren Gründer Rajagopal P.V. ein Interview mit Margrit Hugentobler, der Präsidentin des Fördervereins CESC in der Schweiz zu führen.

Margrit Hugentobler, Ekta Parishad ist in der Schweiz noch nicht sehr bekannt. Können Sie uns ihren Gründer Rajagopal P.V. und die Ursprünge der Landrechtsbewegung vorstellen?

Rajagopal P.V. wurde in Südindien geboren und ist der Initiator der Ekta Parishad-Bewegung, welche in den 1980er-Jahren als Menschenrechtsbewegung begann; seit 1991 ist er auch ihr Präsident. Sein Vater war ein sogenannter «Gandhian freedom fighter», ein Mitglied einer Gruppe um Mahatma Gandhi, die seine Ziele unterstützte. Das ist sicher nicht unwichtig für Rajagopals Biografie. Er absolvierte zunächst eine klassische Tanzausbildung, bis er ca. 17 Jahre alt war, und ging

dann in ein von Gandhi aufgebautes Ashram, um sich zu einem «agricultural specialist», also einem auf den Agrarbau spezialisierten Berater ausbilden zu lassen. Ziel dieser landwirtschaftlichen Ausbildung war für ihn, die indische Landbevölkerung bei der Sicherung ihrer Existenz zu unterstützen. Etwa zeitgleich im Jahr 1969, dem hundertsten Geburtstag von Gandhi, schloss sich Rajagopal P.V. einer mobilen Ausstellung in einem fahrenden Zug an, der tagsüber jeweils Station machte und die Bevölkerung über Gandhis Leben und seine Philosophie informierte.

Inwiefern gründete darauf Rajagopal P.V.s Engagement für die Landbevölkerung Indiens?

Zur Anwendung kamen Rajagopal P.V.s gewaltlose Ansätze erstmals konkret Anfang der 1970er Jahre im Chambal-Tal, wo es darum ging, die gewaltsamen Konflikte zwischen den sogenannten Dacoit, bewaffneten Banditen, und der Landbevölkerung zu schlichten. Das friedliche Widersetzen gegen die Gewalt – obgleich er dort selbst auch Opfer von Zusammenstössen wurde – und das Einfordern von Rechten zur Existenzsicherung der Landlosen und Bauern waren wichtige Erfahrungen, mit denen die Ekta Parishad seit den 1990er-Jahren als netzwerkartig organisierte Dachorganisation zusammenarbeitet. Ekta Parishad ist heute in rund 6500 Dörfern in den Staaten Madhya Pradesh, Odisha, Bihar, Chhattisgarh, Jharkhand, Tamil Nadu und Kerala aktiv. Der grosse Marsch von 2012 wurde von rund 2000 grösseren und kleineren Organisationen in Indien mitunterstützt.

Welche grundlegenden Ziele verfolgt die Ekta Parishad?

Von Beginn an ging es um die Existenzsicherung der Landbevölkerung, also um die Landrechte und die Selbstverwaltung der ländlichen Gegenden, vor allem für die UreinwohnerInnen, die sogenannten Adivasi, sowie der Dalits als Vertreter der untersten Kaste und weiterer Gruppen von Landlosen. Sie werden durch die Landwegnahmen, sei es durch Projekte der indischen Zentralregierung oder durch die gewaltsame Aneignung grosser Landeigentümer, ihrer Existenzgrundlagen beraubt.

Wie müssen wir uns die Landwegnahme der Ureinwohner vorstellen?

Die Adivasi, die Urstämme Indiens, «die ersten Menschen», leben schon seit Jahrhunderten vor allem im zentralindischen Wald- und Bergland. Sie sind keiner Kaste zugeordnet und wurden bis zur Industrialisierung von der Regierung in ihren Lebensräumen mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Im Zuge des Rohstoffabbaus und der Ansiedlung von Grossunternehmen in Indien vor allem in den letzten 20 Jahren wurden die Gebiete der Adivasi als wirtschaftliche Entwicklungsgebiete undefiniert. Das Problem besteht zusätzlich darin, dass die Ureinwohner keine Eigentumsnachweise, keine «land titles» für ihre Gebiete besitzen und demnach das Land oftmals automatisch von der Regierung in Anspruch genommen wird. Hinzu kommt die Entwicklung im Bereich des modernen Tourismus in Indien: Es gibt zunehmend mehr Freizeit- und

Naturparks und Reservate, in denen beispielsweise die Tiger geschützt werden. Gleichzeitig steht damit jedoch noch weniger Land und Lebensraum für die Adivasi zur Verfügung. D.h. sie werden häufig aus ihren angestammten Dörfern vertrieben oder offiziell «umgesiedelt», ohne jedoch ein Stück Ersatzland als Lebensgrundlage zu erhalten.

Darüber hinaus geht es neben dem Recht auf Land auch um das Recht auf Wasser. Ein Beispiel hierfür ist die Coca-Cola-Flaschenproduktion an mehreren Standorten in Südindien: Zur Herstellung der Flaschen benötigt Coca-Cola so viel Wasser, dass sie das Grundwasser abpumpen lässt, sodass die Adivasi mit dem Wasser auch ihre Lebensgrundlage verlieren und ihr Land aufgeben müssen. Dagegen gab es durchaus grosse Proteste und die Regierung sah sich teilweise gezwungen, für die betroffene Bevölkerung einzusetzen. Es wurden ein paar wenige Fabriken geschlossen oder es wurde verhindert, dass sie an einem besonders von Wasserknappheit betroffenen Ort gebaut wurden. Aber das waren leider eher Ausnahmen.

Wäre eine finanzielle Entschädigung für die Adivasi, die ihre Lebensbedingungen verbessert hätte, nicht auch denkbar gewesen?

Die Adivasi sind nicht verarmt und möchten keine finanzielle Entschädigung, sie haben ihr Überleben seit Jahrhunderten gesichert. Auch wenn uns ihre Kultur heute wie aus einer anderen Zeit, vielleicht wie vor 200 Jahren vorkommen mag. Das Land und dessen Bewirtschaftung spielt für sie eine grosse Rolle, sie sind vielfach auch Sammler und Jäger. Zusätzlich sind ihre Identität und die Zugehörigkeit zur Familie und zum Stamm an das eigene Land gebunden. 70 Prozent aller Inderinnen und Inder leben heute noch auf dem Land, welches für sie von grosser Bedeutung ist.

Wie stark bezieht sich Ekta Parishad auf das Vorbild des indischen Staatsgründers Gandhi?

Die Bewegung bezieht sich vor allem auf seine Methoden, also den gewaltfreien Widerstand, und weniger auf die Person des Mahatma. Es gibt insofern keinen neuen Gandhiismus. Wenn es einen Menschen gibt, der für die Bewegung steht, dann Rajagopal P.V., der aber selbst keine Überfigur wie Gandhi sein möchte, sondern jemand, der die Landlosen zur Einforderung ihrer Rechte motiviert. Er bezeichnet sich daher selbst meist als «social worker», als Sozialarbeiter. Sicher hat Rajagopal P.V. eine spirituelle Basis und bei den Märschen werden zum Aufbruch spirituelle Einstimmungen gesprochen, aber die Bewegung an sich besteht nicht aus Hindus und ihren Ritualen, sondern sie ist säkular. Es gibt neben den Adivasi auch Hindus, Muslime und Christen, die im Rahmen von Ekta Parishad aktiv sind. Ekta Parishad orientiert sich an Menschenrechten, nicht an religiösen Ausrichtungen.

Ekta Parishad hat mit friedlichen, sehr grossen Fussmärschen durch Indien auf die Forderung der Ureinwohner und der ärmsten Landbevölkerung aufmerksam gemacht. Wie kam es zum letzten grossen Marsch 2012, dem sogenannten Jan Satyagraha – dem Marsch der Gerechtigkeit? War der legendäre Salzmarsch von Gandhi ein Vorbild dazu?

Der Salzmarsch war für Rajagopal P.V. sicher ein grosses Vorbild. Er selbst initiierte bereits 1999 den ersten Marsch von Ekta Parishad im Bundesstaat Madhya Pradesh über sechs Monate und tausendfünfhundert Kilometer, in dem sich immer mehr Menschen aus fast zweitausend Dörfern anschlossen. Er hatte zum Ziel, dass das Elend der Menschen bekannt wurde und sie mobilisiert werden konnten. Dem Marsch ging die jahrelange Arbeit von Ekta Parishad-AktivistInnen, meist selbst aus diesen Dörfern stammend, voraus. Diese Basisarbeit der Unterstützung zur Selbsthilfe und Motivierung der Betroffenen in den Dörfern bildete auch die Basis für die grossen nationalen Märsche Janadesh und Jan Satyagraha.

Nach dem ersten grossen Marsch der Ekta Parishad-Bewegung im Jahr 2007 wurde vom indischen Parlament der sogenannte Forest-Right-Act verabschiedet, der den Adivasi das Recht auf ihr Land und ihre Wälder zusichert. Konnten die Adivasi ihre Rechte nicht schon damals in Anspruch nehmen?

Oftmals ist es sehr schwierig für die Ureinwohner, ihre Rechte einzufordern, da viele Adivasi nicht lesen und schreiben können. Um der Dringlichkeit gerecht zu werden, wurde eine Schnellgerichtsbarkeit beschlossen. (Eine solche Praxis ist in Indien nötig, um die langwierige und korruptionsanfällige örtliche Justiz zum Handeln zu zwingen, *Red.*). Die jetzigen Landnutzer, also internationale Unternehmen, aber auch indische Firmen begegnen den Forderungen der Adivasi, wenn überhaupt, nur reaktiv, aber nicht unterstützend. Da wird sich zeigen, inwiefern die Regierung die an sich vorhandenen Rechtsansprüche umsetzt, die Adivasi entschädigt und ihnen den Verbleib auf ihrem Land garantiert.

Wie sehen jetzt die konkreten Vereinbarungen und ihre Umsetzung zwischen Ekta Parishad und der Regierung aus?

Nach dem grossen Marsch im Jahr 2012 wurde eine Landreformvereinbarung zwischen dem amtierenden Landwirtschaftsminister und Ekta Parishad unterzeichnet, die u.a. ein Gesetz vorsieht, das allen armen Familien in ländlichen Regionen, die keine Landrechte haben, 450 m² Land zusichert. Das ist nicht sehr viel und der Lebensunterhalt muss darüber hinaus noch erwirtschaftet werden, aber dieses Stück Land würde es den Menschen ermöglichen, ein kleines Stück Boden ihr eigen zu nennen und auch einen Zuschuss zu bekommen, um darauf eine Unterkunft zu bauen. Beschlossen wurde die Landrückgabe durch die Zentralregierung, umgesetzt werden müsste sie durch die einzelnen Gliedstaaten Indiens, wobei es an den Gliedstaatenregierungen liegt, welches Land sie den Ureinwohnern und den Landlosen zur Verfügung stellen. Doch das alles ist erst geplant, das entsprechende Gesetz respektive Programm wurde noch nicht vom nationalen Parlament genehmigt. Aufgrund der diesen Frühling bevorstehenden nationalen Wahlen kann es erst mit der kommenden Regierung weiterverfolgt werden.

Wichtig ist, dass es bei der Landvergabe auch um gleiche Rechte von Männern und Frauen geht. Die Ekta Parishad-Bewegung war von Be-

Ekta Parishad

Ekta Parishad (Solidarischer Bund) ist eine soziale Basisbewegung, die sich seit 20 Jahren in Zentral- und Südindien für die Rechte der Landlosen und Ureinwohner einsetzt. Ihre Arbeit beruht auf den Prinzipien der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des gewaltlosen Widerstandes. Die rund 400 Aktivistinnen und Aktivisten stammen mehrheitlich selbst aus den Dörfern der Betroffenen. Ekta Parishad ist in acht indischen Gliedstaaten aktiv, rund 150'000 Personen in mehr als 6500 Dörfern arbeiten mit Ekta Parishad zusammen. Der erste grosse Marsch – Janadesh 2007 – von Ekta Parishad setzte eine grundlegende Landreform in Indien auf die politische Agenda. Ekta Europe ist ein loses Netzwerk aus belgischen, deutschen, englischen, französischen und Schweizer Gruppen, das Ekta Parishad unterstützt.

In der Schweiz wird die Arbeit von Ekta Parishad von Förderverein CESCI massgeblich unterstützt, der auch die Aktivitäten des Ekta Europe Netzwerkes koordiniert. CESCI steht für Centre for socio-cultural Interaction – ein Zentrum in Südindien (Madurai), gegründet in der Mitte der Neunzigerjahre von der Schweizer Fotografin und Psychiatriepflegerin Maya Koene, in Zusammenarbeit mit Rajagopal P.V. Wie der Name besagt, dient es dem soziokulturellen Austausch zwischen der Schweiz und Indien und auch als Trainingszentrum für Ekta Parishad-AktivistInnen. Wer sich für Ekta Parishad interessiert, sich in der Schweiz engagieren und sich informieren möchte, empfehlen wir folgende Websites: www.cesci.ch, www.ektaeurope.org, www.ektaparishad.com

Adivasi und Dalits

In Indien leben über 400 Millionen Dalits und Adivasi. Adivasi ist die heute gängige Bezeichnung der Nachfahren der indischen Ureinwohner. Dalits galten nach der religiös-dogmatischen Unterscheidung im Hinduismus zwischen rituell 'reinen' und 'unreinen' Gesellschaftsgruppen als 'Unberührbare', die aus dem Kastensystem der indoarischen Eroberer ausgeschlossen waren. Die Zahl der hinduistischen Dalits wird auf über 160 Millionen geschätzt, zusammen mit den muslimischen, buddhistischen und christlichen 'Unberührbaren' sind sie ca. 240 Millionen Menschen und damit fast ein Viertel der indischen Bevölkerung. Bis heute erleben sie von Kasten-Indern häufig massive Diskriminierung, teilweise auch Verfolgung und Gewalt.

Der Anteil Adivasi an der indischen Bevölkerung beträgt ca. 7 Prozent (das sind etwa 70 Millionen Menschen). Der im Jahr 2000 aus dem Bundesstaat Bihar ausgegliederte Bundesstaat Jharkhand beherbergt heute die grösste Bevölkerungsgruppe der Adivasi. Die Adivasi sind keine homogene Gruppe, sondern fühlen sich bestimmten Gesellschaften (tribes – Stämme) zugehörig. Die grössten Völker sind die Koli und Bhil im Westen, die Gond, Dongria Kondh, Savara, Gadaba in Zentralindien, Dafla, Naga, Khasi, Garo im Nordosten, Oraon, Munda, Ho, Santal im Osten und die Chenchu, Sholega, Toda, Kota, Irula, Kurumba und Kadar im Süden Indiens. Die in den Dörfern lebenden Adivasi teilen eine Tradition, die von der starken Verbindung zur Natur und zum eigenen Land, einer das gesamte Leben durchdringenden Religion, traditionellen Tänzen, Musik und Festen getragen wird.

Fortsetzung nächste Seite

ginn an eine Bewegung, zumindest an der Basis in den Dörfern, die hauptsächlich von Frauen getragen wurde. Hintergrund sind die Eigentumsverhältnisse in Indien: Hat eine Familie Land, wird es den Söhnen vererbt. Bei einer Heirat zieht die Frau in die Familie des Ehemannes. Stirbt er, so hat sie kein Recht auf sein Land, was oft grosse Probleme bereitet, die Witwe ist dann auf die Schwiegereltern angewiesen oder wird mittellos. Bei den Adivasi, im Gegensatz zum Rest der indischen Gesellschaft, werden Mann und Frau gleich behandelt, es gibt sogar eher ein matriachalisches Verständnis, weshalb sich auch viele junge Frauen in der Bewegung engagieren und ihre Rechte einfordern.

Um nochmals auf den Jan Satyagraha-Marsch zu kommen: Wie war dieser mit bis zu 100'000 Menschen organisatorisch und logistisch überhaupt zu meistern?

Das war wirklich eine Meisterleistung. Die Organisation begann bereits zwei bis drei Jahre vorher durch etwa 400 Aktivistinnen und Aktivisten in den einzelnen Dörfern und Zentren der Regionen. Die Familien haben in dieser Zeit kontinuierlich Reis und ein paar Rupien zurückgelegt, einerseits als Beitrag zur Verpflegung während des Marsches, aber auch, um die zurückbleibenden Familienmitglieder in dieser Zeit zu Hause ernähren zu können. Bei der Organisation war immer ein erfahrener Aktivist für ca. 5000 Menschen zuständig, die er aber auch dazu motivieren musste, sich am Marsch zu beteiligen. Darunter gab es immer eine Person, die für 1000 Menschen verantwortlich war, und eine für 500, dann 5 für je 100. Das funktioniert ähnlich einem Schneeballsystem und baut darauf auf, dass alle Teilnehmer ihre Ansprechperson kennen.

Sie haben an beiden grossen Märschen 2007 und 2012 selbst teilgenommen. Wie können wir uns das vorstellen, wie sah ein Tag während des Marsches aus?

Ich selbst habe nicht an einem gesamten Marsch teilgenommen, war aber bei beiden Märschen je einige Tage aktiv und jeweils auch zu Beginn und am Ende dabei. Konkret müssen Sie sich das so vorstellen, dass ein Marsch morgens um acht Uhr am Strassenrand begann. Für je tausend Menschen gab es einen Lastwagen mit Wasser, einen mit Lebensmit-



Der 64-jährige Rajagopal P.V. ist Gründer und Leiter der indischen Landlosenbewegung Ekta Parishad. Um Rückschlüsse auf seine Kaste zu vermeiden, verwendet er nur seinen Vornamen Rajagopal.

Die wichtigsten Forderungen des Jan Satyagraha-Marsches 2012

- ❑ Landlose und Obdachlose sollen Bau- und Agrarland erhalten.
- ❑ Die Ehefrau soll zusammen mit ihrem Mann Landrechte erwerben oder besitzen können.
- ❑ Bei Landstreitigkeiten sollen gerichtliche Schnellverfahren eingesetzt und kostenlose Rechtshilfe gewährt werden.
- ❑ Das Gesetz für die Waldrechte der Adivasi von 2007 soll nun endlich umgesetzt werden.
- ❑ Die Zentralregierung soll die Teilstaaten auffordern, die Vereinbarungen anzuwenden.
- ❑ Eine Taskforce – zusammengesetzt aus Mitgliedern der indischen Zentralregierung und der Ekta Parishad – soll die Umsetzung überwachen.

teln und einen mit einem Generator, die etwa 15 Kilometer bis zum nächsten Rastplatz vorführen. Nach einer kleinen Pause marschierten dann die Menschen bis gegen 15 Uhr weiter, wo sie dann eine wunderbare Mahlzeit erhielten, sich waschen und für die Nacht am Strassenrand einrichten konnten. Eine grosse Herausforderung war auch, für so viele Menschen WC-Möglichkeiten bereitzustellen und für Licht am Abend und in der Nacht zu sorgen. Als Schlafstellen dienten der Strassenrand und angrenzende Böschungen oder Felder.

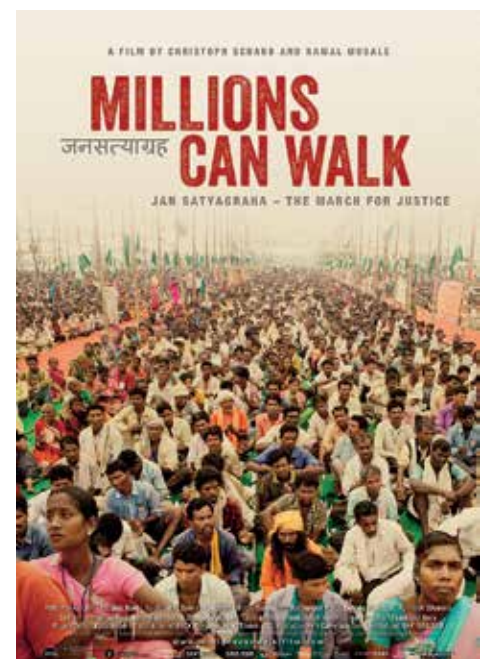
Gab es während dieser Zeit gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Behörden im Hinblick auf die Besetzung der Strassen oder Konflikte mit Anwohnern?

Der Marsch war mit der Polizei abgesprochen und für die Zeit des Marsches wurde jeweils täglich ein Teilstück der Autobahn von Gwalior Richtung Delhi einspurig gesperrt. Die Anwohner haben die Bewegung stark unterstützt: Es gab täglich solidarische Handlungen, beispielsweise durch Farmer, die Reis, Wasser oder Gemüse als Verpflegung vorbeibrachten. Die Teilnehmer des Marsches haben ausschliesslich gewaltloses Verhalten praktiziert, genauso wie es die Philosophie von Ekta Parishad ist. Allerdings sind Gewalterfahrungen für die Adivasi, die Dalits und andere Gruppen durchaus Teil ihres Alltags: Sei es durch Polizeigewalt oder durch die gewaltsame Enteignung ihrer Ländereien durch Grossgrundbesitzer und private Sicherheitsdienste oder durch Gewalt in der Familie gegen Frauen, beispielsweise in der Kombination mit Alkohol, was gerade auf dem Land ein sehr grosses Problem ist. Die brutalen Vergewaltigungsfälle in den Städten und die Gewalt gegenüber Frauen wurden aufgrund der letzten Vorfälle international publik und lösten starke Proteste aus. Die Landbevölkerung – und dort eben besonders die Frauen – ist ebenso von Gewalt betroffen, oftmals ohne Berichterstattung und Anklagemöglichkeiten.

Die Forderungen der Bewegung sind sehr pragmatisch und rufen nicht zum Sturz der Regierung auf. Hat sich Ekta Parishad von Beginn an auf ein Programm geeinigt oder wurden die Forderungen immer wieder angepasst?

Beim vorherigen Marsch im Jahr 2007 gab es schon viele konkrete Forderungen. Damals sind die Menschen bis nach Delhi gegangen und wurden dort auf einem grossen Platz von ca. 1500 Polizisten eingekesselt, sodass sie nicht bis zum Regierungsgebäude kamen und mit einem Sitzstreik den Verkehr blockieren konnten. Durch die Medienaufmerksamkeit kam die Regierung unter Druck: Sie gab den Forderungen nach und setzte eine «land rights commission» ein, eine Kommission von etwa 30 Personen, die einen Vorschlag für eine Landrechtsreform ausarbeitete. Gleichzeitig wurde ein «land rights committee» als exekutive Gruppe, bestehend aus dem Ministerpräsidenten, dem Landwirtschaftsminister und neben anderen auch mit Rajagopal P.V. einberufen. Die Kommission formulierte zwar einen Vorschlag für die Vergabe von Land, aber de facto passierte nichts mehr. Es gab auch keinen Einbezug des Komitees oder konkrete Umsetzungsvorschläge für das Parlament.

Diese unbefriedigende Entwicklung war der Grund, weshalb sich ein neuer Marsch formierte mit den eindeutigen Forderungen eines 10-Punkte-Plans und mit der Ansage, diesmal mit noch mehr Menschen nach Delhi zu kommen, wenn die Forderungen nicht erfüllt würden. Dadurch geriet die Regierung unter Druck, weil sie es vermeiden wollte, den Marsch bis nach Delhi kommen zu lassen, sodass etwa eine Woche vor dem geplanten Start ein Verhandlungsangebot von der Regierung kam und wir davon ausgegangen sind, dass der Marsch nicht mehr stattfinden müsste. Kurzfristig erteilte der Landwirtschaftsminister jedoch die Absage zur Unterzeichnung der Forderungen, sodass der Marsch nach dem eindeutigen Votum durch 70'000 geschwenk-



Dokumentarfilm Millions can walk

Wie kann man für seine Rechte kämpfen, ohne Gewalt anzuwenden? Diese Fragestellung weist weit über Indien hinaus. Der seit Ende Januar 2014 in deutschschweizer Kinos laufende Dokumentarfilm «Millions can walk» von Christoph Schaub und Kamal Muscale über den grossen Jan Satyagraha-Protestmarsch von 2012 zeigt die vielfältigen Facetten des Protestmarsches auf. Regisseur Schaub erhielt für diesen Film von den indischen Behörden weder eine Dreherlaubnis noch ein Visum. Weitere Informationen und Aufführungsdaten: www.millionscanwalk-film.com



«Die Bewegung Ekta Parishad schafft es, die scheinbare Machtlosigkeit der Landlosen in Indien zu überwinden und ihre existenziellen Rechte gewaltlos einzufordern»

te grüne Fahnen der Menschen in Gwalior wie geplant startete. Das war sehr eindrücklich.

Eine der Forderungen war der Aufbau einer Task Force. Ist diese heute umgesetzt worden und wie ist der aktuelle politische Stand?

Ja, die Task Force hat sich formiert, auch die Schnellgerichte sind dabei, ihre Arbeit aufzunehmen. Problematischer und viel grundsätzlicher ist vielmehr, wie das Recht auf Land umgesetzt werden kann. Im Grunde ist das eine sehr revolutionäre Forderung, die nicht nur der Landwirtschaftsminister oder der Ministerpräsident alleine umsetzen können, sondern die das Parlament verabschieden muss.

Plant Ekta Parishad jetzt einen dritten Marsch?

Rajagopal P.V. weiss, dass der Druck aufrechterhalten werden muss. «Das nächste Mal kommen wir mit einer Million Menschen», sagt er. Neben den Landrechten geht es Rajagopal P.V. und der Bewegung auch zunehmend um die Frage, wer an politischen Entscheidungen teilhaben darf und welche Gruppen in Indien eigentlich gar nicht repräsentiert werden, also durch die Regierung oder durch die Einflussnahme von Grossunternehmen unterdrückt werden.

Geht es dabei um die Anti-Korruptions-Bewegungen?

Es geht um die Einschränkung des demokratischen Raums, wie Rajagopal P.V. sagt, der auch bei uns vor dem Hintergrund mächtiger wirtschaftlicher Lobbygruppen ein Thema ist. Es geht darum, dass der Einfluss wirtschaftlicher nationaler und internationaler Interessengruppen auf die Politik zunehmend stärker wird und die sozialen Anliegen der benachteiligten Gruppen enorm behindert. Das trifft nicht nur auf Indien zu! Die Idee von Ekta Parishad ist

es nicht, eine Partei zu gründen oder sich den Anti-Korruptions-Gruppierungen, die übrigens die Bürgermeisterschaft vor zwei Monaten in Delhi gewonnen haben, anzuschliessen. Es geht mehr darum, durch die Kampagne «no land, no vote» Druck auf die Politiker aufzubauen und denjenigen die Stimme zu geben, die sich für die Rechte der Landbevölkerung einsetzen, eher unabhängig davon, welcher Partei sie angehören.

Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Was sind Ihre eindrücklichsten Erfahrungen, die Sie aus Ihren Indien-Aufenthalten mit in die Schweiz genommen haben?

Für mich war das eindrücklichste, dass hunderttausend Menschen mobilisiert werden konnten, um für ihre Rechte einzustehen, sozusagen «empowerment at its best». Als Ergebnis auf der lokalen Ebene gehen beispielsweise jede Woche selbstbewusst Menschen vor das Büro des «district officers» in ihrer Region, sitzen dort vier Stunden und verlangen die Umsetzung der Landrechtsvereinbarung. Durch die Bewegung gelingt es, die scheinbare Machtlosigkeit, sei es als Adivasi oder als Vertreter der untersten Kaste, zu überwinden und für die existenziellen Rechte einzustehen. Wir Schweizer können sicher von dieser Form des gewaltlosen Widerstands lernen: Es gibt hier auch unterschiedliche Formen der Gewalt, auf die ein gewaltloser Widerstand als Reaktion und als Ausdruck von Missständen grossen Eindruck erzeugen würde.

Margrit Hugentobler

Unsere Interviewpartnerin ist Präsidentin des Fördervereins CESCI, der seit 1996 die Arbeit von Ekta Parishad in der Schweiz unterstützt. Margrit Hugentobler ist hauptberuflich als Leiterin des ETH-Wohnforums in Zürich tätig. Das Interview führten Stephanie Weiss und Peter Weishaupt. www.cesci.ch

Gandhis legendärer Salzmarsch von 1930 für Indiens Unabhängigkeit

Politische Wanderungen haben in Indien eine grosse Tradition. Der Salzmarsch oder die Salz-Satyagraha von 1930 war die spektakulärste Kampagne, die Gandhi während seines Unabhängigkeitskampfes initiierte. Er wollte das Salzmonopol der Briten brechen und führte letztlich zur Unabhängigkeit Indiens. Dabei zog Gandhi mit 78 seiner Anhänger, den sogenannten Satyagraha, ab dem 12. März 1930 von seinem Sabarmati-Ashram bei Ahmedabad über 385 Kilometer nach Dandi am Arabischen Meer. Dort kam er 24 Tage später an und hob als Symbolhandlung einige Körner Salz auf, um damit gegen das britische Salzmonopol zu demonstrieren.

Salz war seit jeher ein bedeutender Wirtschaftsfaktor Indiens und zudem für die Bevölkerung notwendig, um einerseits das Grundnahrungsmittel Reis zuzubereiten, andererseits im heissen Klima den täglichen Elektrolytverlust auszugleichen. Gandhi forderte seine Landsleute auf, es ihm unter Verzicht von Gewalt gleichzutun, was in ganz Indien geschah: Nicht nur seine Anhänger begannen, ihr Salz selbst zu gewinnen, indem sie Salzwasser in einer Schüssel in die Sonne stellten und verdunsten liessen, sondern auch andere Inder beteiligten sich. Hinzu kam, dass sie das gewonnene Salz nicht nur für private Zwecke benutzten, sondern es auch steuerfrei weiterverkauften. Weil jede Form der Salzgewinnung, des Salztransports und des Salzhandels den Briten vorbehalten war, wurden in der Folge an die 50'000 Inder verhaftet, darunter fast alle Führer der Kongresspartei Indiens, was den Erfolg der Aktion aussergewöhnlich beschleunigte.

Quelle: Wikipedia

Die Waffenausfuhrstatistik 2013

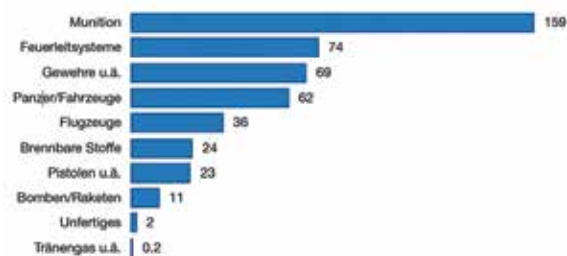
Die Schweiz hat im vergangenen Jahr deutlich weniger Kriegsmaterial exportiert als im Jahr davor: 2013 haben Waffen, Munition und weiteres Gerät im Wert von rund 461,2 Millionen Franken das Land verlassen. 2012 waren es noch Güter im Wert von rund 700 Millionen Franken gewesen. Die Kriegsmaterialexporte befinden sich damit wieder auf dem Niveau 2007, vor dem jüngsten Höhenflug der Rüstungsindustrie. 2011 war Kriegsmaterial im Wert von 873,6 Millionen Franken exportiert worden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat Saudiarabien mit 21,9 Millionen Franken die Vereinigten Arabischen Emirate als wichtigster Abnehmer im arabischen Raum abgelöst. Ausfuhren nach Saudiarabien sind nach geltendem Recht im Prinzip wegen der dortigen systematischen Menschenrechtsverletzungen nicht erlaubt. Allerdings dürfen nach wie vor Ersatzteile geliefert werden, beispielsweise für ein Flugabwehrsystem, das noch vor dem Verbot aus der Schweiz nach Saudiarabien verkauft worden war.

Der Rückgang der Rüstungsexporte im Vergleich zu den Vorjahren hatte sich bereits im Verlauf des Jahres angekündigt. Der Ständerat sprach sich deshalb im Herbst dafür aus, die Regeln für den Export von Kriegsmaterial zu lockern. Nachdem der vom Bundesrat unterstützte Vorstoss am 11. März 2014 auch im Nationalrat angenommen wurde (siehe rechte Seite), sind künftig Kriegsmaterialexporte auch in Länder möglich, in welchen Menschenrechte verletzt werden. Exporte sollen nach dem Willen des Bundesrats nur noch dann verboten sein, wenn ein Risiko bestehe, dass das Material für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird.

Dies widerspricht diametral einem Versprechen der Regierung bei der Diskussion um die Waffenexportinitiative, die im Herbst 2008 zur Abstimmung kam. Die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung dürfte in erster Linie erfolgt sein, um Exporte nach Saudi-Arabien und Pakistan zu erleichtern. Bereits heute wird Kriegsmaterial in beide Länder exportiert und zudem Pakistan mit

«besonderen militärischen Gütern» im Umfang von knapp 80 Millionen Franken beliefert. Dabei handelt es sich um Produkte wie Trainingsflugzeuge, die nicht direkt im Gefecht eingesetzt werden und deren Export deshalb nicht den Einschränkungen des Kriegsmaterialgesetzes unterliegt.



Im vergangenen Jahr wurden besondere militärische Güter im Wert von 405,3 Millionen Franken ausgeführt. Das ist deutlich weniger als in den Jahren 2012 und 2011, als Güter im Wert von 2,4 Milliarden beziehungsweise 1,1 Milliarden Franken exportiert worden waren. Der Verkauf von Pilatus-Trainingsflugzeugen nach Indien und Saudiarabien hatte die Zahlen in diesen beiden Jahren in die Höhe getrieben, wie Simon Plüss vom Staatssekretariat für Wirtschaft Seco erklärte.

Die mit Abstand grössten Abnehmer waren 2013 Indien (170 Millionen Franken) und Pakistan (79 Millionen Franken), das laut Plüss Tarnnetze kaufte. Zählt man die Exporte von Rüstungsgütern und besonderen militärischen Gütern zusammen, ergibt sich ein anderes Bild in der Rangfolge der grössten Abnehmer der Schweizer Rüstungsindustrie: Indien, Pakistan, Vietnam und Kanada verdrängen andere Länder aus der Liste der grössten zehn Abnehmer. Indien und Deutschland sind die grössten Importeure militärischer Güter.

Die Aufstellung der Exporte «besonderer militärischer Güter» hat das Seco erstmals regulär mit der Kriegsmaterialstatistik veröffentlicht. Ende letztes Jahr war das Bundesamt von der 'SonntagsZeitung' gezwungen worden, die entsprechenden Zahlen offenzulegen. 2013 exportierte die Schweiz besondere militärische Güter im etwa gleichen Umfang wie Rüstungsgüter im engeren Sinne. Im Vergleich zum Vorjahr gingen allerdings auch die besonderen militärischen Güter zurück: 2012 hatte der Flugzeugbauer Pilatus 55 militärische Pilatus-Trainingsflugzeuge im Wert von rund einer Milliarde Franken an Saudiarabien geliefert.

Grössere Einzelgeschäfte bei den Rüstungsgütern waren 2013 die Lieferung von Munition und Munitionsteilen nach Deutschland (67,6 Millionen Franken) und von Bestandteilen zu Fliegerabwehrsystemen nach Italien (45,7 Millionen Franken). Die Munition wäre auch ohne dieses Geschäft das wichtigste Export der Schweiz im Bereich Kriegsmaterial (insgesamt 158,8 Millionen Franken), wie die Aufschlüsselung der Exporte nach Kategorien zeigt (siehe Grafik oben).

Quellen Kriegsmaterialstatistik 2013: Seco. Grafik: Tages-Anzeiger Online vom 28.2.2014. Der Text dazu wurde leicht bearbeitet und aktualisiert.

Die Ausfuhr von Kriegsmaterial 2013

Land	Wert CHF	Land	Wert CHF
Deutschland	123'504'305	Thailand	473'474
Italien	58'854'704	Griechenland	437'506
USA	43'780'106	Jordanien	413'206
Grossbritannien	38'082'037	Chile	363'723
Frankreich	27'547'526	Brunei	284'102
Saudi-Arabien	21'897'144	Argentinien	258'160
Spanien	19'252'214	Rumänien	221'048
Schweden	17'401'154	Kenia	187'845
Brasilien	10'749'860	Bosnien und Herzegowina	185'380
Singapur	10'547'334	Ukraine	182'447
Arabische Emirate	10'193'256	Indonesien	157'515
Norwegen	9'235'644	Kuwait	135'966
Dänemark	8'594'787	Luxemburg	120'507
Niederlande	6'880'679	Polen	83'546
Zypern	6'095'366	Ecuador	82'156
Indien	5'140'720	Kosovo	72'917
Südkorea	4'927'775	Serbien	70'257
Kanada	4'189'851	Portugal	67'560
Türkei	4'114'500	Neuseeland	67'474
Österreich	4'000'096	Ghana	50'000
Bahrein	3'774'000	Israel	49'644
Finnland	2'671'482	Hongkong	45'376
Belgien	2'463'324	Seychellen	24'138
Australien	2'350'169	Slowakei	19'947
Südafrika	1'797'190	Katar	19'258
Ungarn	1'688'178	Slowenien	19'031
Bulgarien	1'002'515	Kroatien	16'103
Oman	839'987	Litauen	7'952
Pakistan	769'846	Malta	7'611
Mexiko	763'388	Irland	3'894
Estland	731'273	Lettland	2'247
Macau	617'497	Vietnam	1'032
Russland	612'798	Mali	883
Japan	525'543	Venezuela	338
Tschechien	513'503		
Malaysia	476'428		
Libanon	473'752		
		Total: 71 Länder	461'192'174

Das sind die Waffen-Hardliner im Nationalrat

Es ist fast unglaublich, was sich in der Märzsession 2014 im Nationalrat innert weniger als einer Woche abgespielt hat: Am 6. März stimmte der Rat – zwar nur mit dem Stichtenscheid des Präsidenten, des Christdemokraten Ruedi Lustenberger – der ständerätlichen Motion zur Lockerung der Kriegsmaterialausfuhrverordnung zu (94 zu 93). Und schon am 11. März lehnte er mit 98 zu 76 Stimmen ein Kernelement der Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Kantonen und dem Bund im Bereich der Waffen ab, nämlich die Nachregistrierung der vor 2008 gekauften Waffen – von denen über zwei Millionen in Schweizer Haushalten vorhanden sind.

Es sind weitgehend die gleichen Mitglieder des Nationalrates, die Waffenausfuhren an autoritäre und Unrechtsregime ermöglichen wollen, selbst wenn diese die Menschenrechte in schwerwiegender Weise verletzen, die die Kontrolle der Waffen in Privathaushalten nicht verbessern wollen. In der Debatte hatte Bundesrätin Sommaruga vergeblich gemahnt: «Übrigens ist die Nachregistrierung auf Wunsch der Kantone und insbesondere auch der Polizeikommandanten und Polizeikommandantinnen aufgenommen worden. Es geht hier nicht zuletzt auch um die Sicherheit für unsere Polizeikräfte. Diese Sicherheit liegt dem Bundesrat am Herzen.» Diese Ermahnung in den Wind geschlagen und die Aufrüstung von menschenrechtsverletzenden Regime gutgeheissen haben Parlamentarier und Parlamentarierinnen, die sich selbst als bürgerlich und als verantwortungsvolle Sicherheitspolitiker verstehen. Angesichts dieser Doppelmoral und eines solchen Zynismus haben wir uns entschlossen, die Namensliste dieser Nationalratsmitglieder zu veröffentlichen:

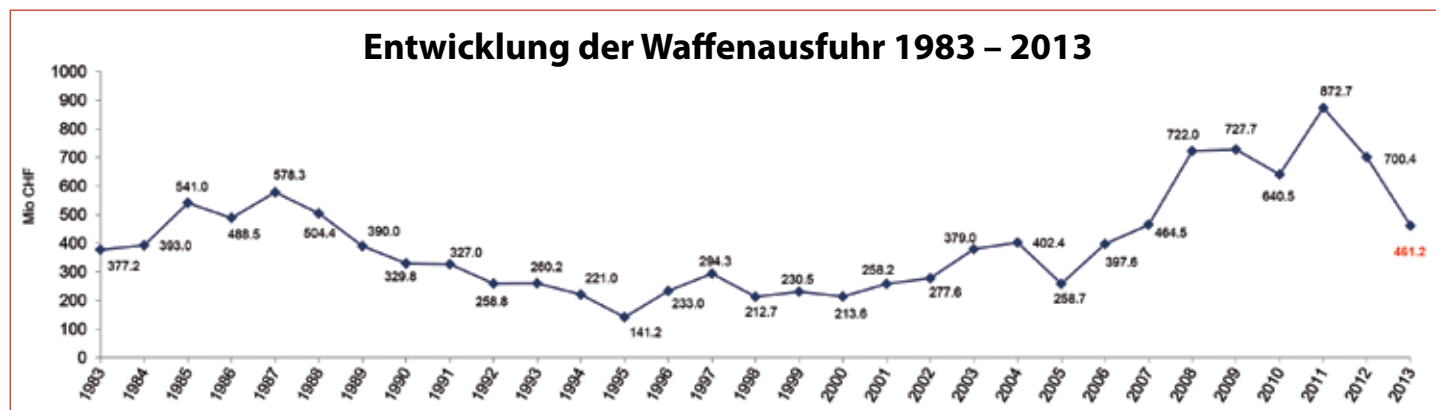
Name, Fraktion, Kanton

Aebi Andreas, SVP, Bern
 Aeschi Thomas, SVP, Zug
 Amaudruz Céline, SVP, Genf
 Amstutz Adrian, SVP, Bern
 Baader Caspar, SVP, Basel-Land
Barazone Guillaume, CVP, Genf
 Binder Max, SVP, Zürich
 Blocher Christoph, SVP, Zürich
 Borer, Roland, SVP, Solothurn
 Bortoluzzi Toni, SVP, Zürich
 Bourgeois Jacques, FDP, Freiburg
 Brand Heinz, SVP, Graubünden

Brunner Toni, SVP, St. Gallen
 Büchel Roland, SVP, St. Gallen
 Büchler Jakob, CVP, St. Gallen
Bugnon André, SVP, Waadt
Bulliard-Marbach Christine, CVP, Freiburg
 Buttet Yannick, CVP, Wallis
Candinas Martin, CVP, Graubünden
 Caroni Andrea, FDP, Appenzell AR
 Cassis Ignazio, FDP, Tessin
 Clottu Raymond, SVP, Neuenburg
de Buman Dominique, CVP Freiburg
 de Courten Thomas, SVP, Basel-Land
Darbellay Christophe, CVP, Wallis
Derder Fathi, FDP, Waadt
 Egloff Hans, SVP, Zürich
 Eichenberger-Walther Corina, FDP, Aargau
 Estermann Yvette, SVP, Luzern
Fässler Daniel, CVP, Appenzell IR
 Fehr Hans, SVP, Zürich
 Feller Olivier, FDP, Waadt
Fiala Doris, FDP, Zürich
 Flückiger-Bäni Sylvia, SVP, Aargau
Fluri Kurt, FDP, Solothurn
 François Olivier, FDP, Waadt
Frehner Sebastian, SVP, Basel-Stadt
 Freysinger Oskar, SVP, Wallis
Gasche Urs, BDP, Bern
 Geissbühler Andrea, SVP, Bern
Germanier Jean-René, FDP, Wallis
 Giezendanner Ulrich, SVP, Aargau
Gmür Alois, CVP, Schwyz
 Golay Roger, SVP, Genf
 Gössi Petra, FDP, Schwyz
 Grin Jean-Pierre, SVP, Waadt
 Grunder Hans, BDP, Bern
Gschwind Jean-Paul, CVP, Jura
Guhl Bernhard, BDP, Aargau
 Hausammann Markus, SVP, Thurgau
 Heer Alfred, SVP, Zürich
 Herzog Verena, SVP, Thurgau
 Hess Lorenz, BDP, Bern
Hiltbold Hugues, FDP, Genf
 Huber Gabi, FDP, Uri
Humbel Ruth, CVP, Aargau
 Hurter Thomas, SVP, Schaffhausen
Hutter Markus, FDP, Zürich
 Joder Rudolf, SVP, Bern
 Kaufmann Hans, SVP, Zürich
 Keller Peter, SVP, Nidwalden
 Killer Hans, SVP, Aargau
 Knecht Hansjörg, SVP, Aargau
Lehmann Markus, CVP, Basel-Stadt
 Leutenegger Filippo, FDP, Zürich
 Lohr Christian, CVP, Thurgau

Lüscher Christian, FDP, Genf
Lustenberger Ruedi, CVP, Luzern
(nur Stichtenscheid als Ratsvorsitzender)
Merlini Giovanni, FDP, Tessin
Moret Isabelle, FDP, Waadt
 Mörgeli Christoph, SVP, Zürich
 Müller Leo, CVP, Luzern
Müller Philipp, FDP, Aargau
 Müller Thomas, SVP, St. Gallen
 Müller Walter, FDP, St. Gallen
 Müri Felix, SVP, Luzern
 Nidegger Yves, SVP, Genf
Noser Ruedi, FDP, Zürich
 Pantani Roberta, SVP/Lega, Tessin
 Parmelin Guy, SVP, Waadt
Pelli Fulvio, FDP, Tessin
 Perrinjaquet Sylvie, FDP, Neuenburg
 Pezzatti Bruno, FDP, Zug
Pfister Gerhard, CVP, Zug
 Pieren Nadja, SVP, Bern
 Quadri Lorenzo, SVP/Lega, Tessin
 Regazzi Fabio, CVP, Tessin
 Reimann Lukas, SVP, St. Gallen
 Reimann Maximilian, SVP, Aargau
Rickli Natalie, SVP, Zürich
 Rime Jean-François, SVP, Freiburg
Ritter Markus, CVP, St. Gallen
 Romano Marco, CVP, Tessin
 Rösti Albert, SVP, Bern
 Rusconi Pierre, SVP, Tessin
 Rutz Gregor, SVP, Zürich
 Schilliger Peter, FDP, Luzern
Schläfli Urs, CVP, Solothurn
 Schneeberger Daniela, FDP, Basel-Land
 Schneider-Schneiter Elisabeth, CVP, Basel-Land
Schwander Pirmin, SVP, Schwyz
 Stahl Jürg, SVP, Zürich
 Stamm Luzi, SVP, Aargau
 Stolz Daniel, FDP, Basel-Stadt
 Veillon Pierre-François, SVP, Waadt
 Vitali Albert, FDP, Luzern
Vogler Karl, CVP, Obwalden
 von Siebenthal Erich, SVP, Bern
 Walter Hansjörg, SVP, Thurgau
 Wandfluh Hansruedi, SVP, Bern
 Wasserfallen Christian, FDP, Bern
 Wobmann Walter, SVP, Solothurn

Normale Schrift: Diese Mitglieder haben sowohl die Lockerung der Waffenausfuhrverordnung befürwortet wie die Nachregistrierung der Waffen abgelehnt.
 Blaue Schrift: Diese Mitglieder haben 'nur' die Lockerung der Waffenausfuhrverordnung befürwortet.
 Rote Schrift: Diese Mitglieder haben 'nur' die Nachregistrierung der Waffen abgelehnt.



Winzige Techniken verändern das Gesicht von Krieg und Frieden

Leichtgewichtige Technik und intelligente Uniformen sollen den Soldat der Zukunft im Feld schützen. Nanotechnologie im Militärssektor ist ein zig-millionenschweres Forschungsgebiet. Minipanzer, zielsuchende Mini-Geschosse und nur bestimmte Volksgruppen treffende biologische Kampfstoffe könnten aber zu militärischer Instabilität führen. Wie werden Nanotechnologien Krieg und Frieden verändern?

/ Christian J. Meier /

Eine umkämpfte Stadt, im Jahr 2035. Die in den Gassen der Altstadt herumschwirrenden unsichtbar winzigen künstlichen Motten melden Feindaktivität am Marktplatz. Keine drei Minuten später rücken Panzer der US-Armee aus. Kaum grösser als ein PKW passen sie durch die engen, nachtdunklen Strassen. Am Ziel springen Soldaten aus den Fahrzeugen. Sie tragen Nachtsichtgeräte, Wärmebildkameras, Waffen, Kommunikationshelme mit integrierten taktischen Displays. Trotz all der Ausrüstung bewegen sie sich leichtfüssig auf das mutmassliche Versteck der Terroristen zu. Schüsse fallen.

Ein Soldat stürzt, steht jedoch kurz darauf wieder auf. Seine Uniform besteht aus einem nanotechnologisch hergestellten kugelsicheren und dennoch federleichten Gewebe. Wieder blitzt Mündungsfeuer aus dem Terroristenversteck auf. Ein anderer Soldat wird getroffen, stürzt und verletzt sich an der Wade. Sofort setzen Nanoschichten in seiner Uniform blutstillende und infektionshemmende Mittel frei. Er kann weiter mit den anderen zu dem Versteck vordringen. Trotz des Beschusses gelangen die hochgerüsteten und doch federleicht gepackten Soldaten schliesslich in das Versteck und nehmen die Terroristen fest.

Die Uniform als Feldarzt

Ein spekulatives Szenario, keine Frage. Doch Forscher des renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge bei Boston arbeiten genau an dieser Vision: den Soldaten der Zukunft. Der soll zwar immer mehr Technik mit ins Feld tragen, dadurch aber nicht zu einer Art Scherpa werden, der zig Kilo Kriegsgerät herumschleppt. Die Ausrüstung der Zukunft soll federleicht werden. Die Forscher des Institute for Soldier Nanotechnologies (ISN) am MIT entwickeln Technik, um diesen Spagat hinzukriegen. Leichte Nachtsichtgeräte wollen die Forscher etwa mit dem 'Wundermaterial' Graphen als Sensor für Infrarotlicht hinbekommen. Diese nur ein Atom dünne Schicht aus Kohlenstoffatomen kann Infrarotlicht in elektrische Signale umwandeln und diese dann fast ohne Verluste (in Form von sogenannten Plasmonen) leiten.

Ein kugelsicheres und gleichzeitig leichtes Gewebe setzen die Forscher aus sich abwechselnden weichen und harten und jeweils nur wenige Nanometer dünnen Schichten zusammen. In Tests hat es dem Beschuss durch winzige Glaskugeln standgehalten. Die Wissenschaftler entwickeln in den Stoff eingebaute Nanoschichten, die grosse Mengen an blutstill-

lenden und entzündungshemmenden Stoffen enthalten, die bei einer Verletzung freigegeben werden. Diese Schichten könnten auch wachstumsfördernde Stoffe abgeben, die Verwundungen schneller abheilen lassen.

Viel Geld für militärische Nanoforschung

Die Uniform soll zum Sensor werden, der dem Soldaten ein besseres Situationsbewusstsein gibt, sowohl nach aussen, als auch nach innen. Die Stoffe werden mit licht- und druckempfindlichen Fasern ausgestattet, die eine optische und akustische Abbildung der Umgebung erlauben, sowie zur Kommunikation mit Laserstrahlen dienen sollen. Den Körper des Soldaten scannen diese Sensoren z.B. nach Verwundungen. Nanotechnologien sollen ausserdem die Tarnung verbessern, etwa durch farbwechselnde Uniformen oder den Soldaten über gefährliche Stoffe, etwa Giftgase, informieren.

Na ja, mag man einwenden, was ist ein kleines Institut in den USA schon gemessen an den Tausenden von Instituten und Firmen, die an friedlichen Anwendungen der Nanotechnologien forschen? Weit gefehlt. Denn ein Randphänomen ist nanotechnologische Forschung und Entwicklung im Militärbereich keinesfalls. Das US-Verteidigungsministerium verfügte allein im Jahr 2012 für Nanotechnologie-Forschung über ein Budget von mehr als 426 Millionen Dollar. Das war fast ein Viertel des Gesamtbudgets der National Nanotechnology Initiative, des US-Forschungsprogrammes für Nanotechnologien, und entspricht etwa dem, was Deutschland im Jahr 2010 insgesamt für Nanotechnologie-Forschung ausgegeben hat. Mögliche militärische Anwendungen sind also für die USA ein wesentlicher Grund, Nanotechnologien zu entwickeln. Dies ist freilich nur die Spitze des Eisbergs. Der tatsächliche Etat liegt in der Grauzone zwischen ziviler und militärischer Forschung.

Bio-Waffen, die nur den Feind gefährden

Die Entwicklung nanotechnologischer Anwendungen für das Militär beobachten Experten mit Sorge. Zumal sich diese Anwendungen nicht auf die im ersten Teil skizzierten defensiven Techniken beschränkt. Minaturisierte Waffen oder biologische Waffen, die nur bestimmte Volksgruppen treffen, könnten sogar die Friedenspolitik unterminieren oder Terroristen gefährliche Waffen in die Hände geben. 'Nano' könnte das Gesicht des Militärs grundlegend ändern. Denn anwenden lässt sich Nanotechnologie im Militär querdurch, wie Jürgen Altmann von der Technischen Universität Dortmund weiss: «Von leichteren Materialien für Flugzeuge über verbesserte Rechner in der Logistik oder in der Uniform von Soldaten bis hin zu implantierten Systemen, die möglicherweise einmal Kontakt zum Gehirn oder zu Nerven haben und z. B. die Reaktionszeit ein wenig verkürzen könnten», sagt der Physiker und Friedensforscher.

Altmann kann sich miniaturisierte Waffentechnik vorstellen. Das könnte ein zentimeterkleiner Flugkörper sein, der sein Ziel – z.B. ein bestimmtes Gesicht – automatisch findet und eine kleine Sprengladung zum Schreibtisch

eines hochrangigen Militärs oder Politikers bringt. Im Verein mit Biotechnologie könne Nanotechnologie zudem zu biologischen Kampfstoffen führen, die aufgrund von genetischen Merkmalen ausschliesslich bestimmte Volksgruppen treffen oder einzelne Individuen.

Gezielter Wirkstofftransport mit Hilfe von Nanopartikeln gilt in der Medizin als grosse Chance im Kampf gegen Krebs. Als militärische Anwendung hingegen könne er Kampfstoffe ermöglichen, die das Immunsystem angreifen oder bestimmte Organe wie das Gehirn, fürchtet der Physiker. «Bislang gibt es eine Selbstabschreckung bei biologischen und chemischen Kampfmitteln», sagt Altmann. Denn keine Partei will sich selbst einem Ansteckungsrisiko aussetzen. Diese Hemmung fiel bei selektiv wirkenden Stoffen weg, Konflikte könnten sich schneller verschärfen.

Raketen in der Jackentasche könnten Abrüstungsverträge kippen

Obwohl Nanotechnologien zunächst nur bestehende Kampfmittel verbessern oder verkleinern werden, können die Konsequenzen für die Friedenssicherung erheblich sein. «Bestehende Verträge zur Rüstungsbegrenzung könnten in Gefahr geraten», sagt Altmann. Nämlich dann, wenn die neue oder abgewandelte Waffentechnik nicht mehr in die bisherigen Kategorien passe. Ein Beispiel: Im Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa ist ein 'Kampfpanzer' definiert als ein gepanzertes Kettenfahrzeug mit mindestens 75 mm Kaliber und mehr als 16,5 Tonnen Leergewicht. «Mit Nanotechnologie könnten Kampfpanzer mit deutlich kleinerem Kaliber und geringerem Gewicht entwickelt werden», sagt Altmann. Diese würden von dem bestehenden Vertrag nicht erfasst.

Die Bereitschaft einer Partei, sich an Verträge zu halten, würde enorm sinken, wenn sie nicht mehr in der Lage wäre zu überprüfen, ob ein möglicher Gegner dasselbe tut. Bei grossen Systemen wie Panzern ist diese Überprüfung relativ einfach, etwa durch Inspektionen vor Ort. Doch nur wenige Zentimeter kleine Systeme liessen sich in jeder Schublade oder Jackentasche verstecken – eine Überprüfung müsste so weit gehen, dass die Staaten um ihre militärische Geheimhaltung fürchten müssten. Die Rüstungsbegrenzung zwischen Staaten würde nicht mehr gut funktionieren, ein neues Wettrennen könnte beginnen. Davor warnt auch der Zukunftsforscher Ray Kurzweil. Nanotechnologie-basierte Waffen werden grössere Waffen überflüssig machen, schreibt er. «Der einzige Weg für einen Feind, eine solche massiv verteilte Kraft abzuwehren, wird seine eigene Nanotechnologie sein.»

Massentötung in der Hand von Terrorzellen?

Schliesslich könnte durch Nanotechnologien eine Rüstungsbremse wegfallen, die heute noch verhindert, dass Kleinststaaten, Bananrepubliken oder eine x-beliebige Terroristengruppe an Massenvernichtungswaffen basteln. Wenn es keine seltenen oder schwer zu beschaffenden Rohstoffe wie etwa waffentaugli-

SICHERHEIT SCHAFFEN:
Mit Bildung und Gesundheit statt Waffen

CRÉER LA SÉCURITÉ
par l'éducation et la santé, non par les armes

OSTERMARSCH MARSCHÉ DE PÂQUES

Ostermontag - 21. April 2014 - Bern
Lundi de Pâques - 21 avril 2014 - Berne

13.00 - Auftakt / Départ
Eichholz an der Aare / Eichholz au bord de l'Aar
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern / Tram 9 depuis la gare en direction de Wabern,
descendre au terminus de Wabern
Ostermarsch - entlang der Aare
Marche de Pâques - le long de l'Aar

14.30 - Schlusskundgebung / Clôture
Münsterplatz / Place de la Collégiale
mit / avec **Claudia Haydt**,
Informationsstelle Militarisierung e.V. /
Bureau d'information sur la militari-
sation (Association enregistrée)
www.imi-online.de

MUSIK / MUSIQUE:
OLGAS BAGASCH
Klezmer, Gipsy, Chansons
russischer Salat aus Bern / salade russe de Berne
www.olgasbagasch.ch

Feines Essen und Trinken aus dem Jura
Restauration jurassienne
www.marchebio.ch

ostermarschbern.ch
marchedepaques.ch

**KRIEG ÄCHTEN
FRIEDEN SCHAFFEN**



BODENSEE-FRIEDENSWEG 2014 IN LINDAU
OSTERMONTAG, 21. APRIL | 13:00–17:15 UHR
SCHIRMHERRSCHAFT: OBERBÜRGERMEISTER DR. GERHARD ECKER, LINDAU

► **TREFFPUNKT:** 13:00 Uhr auf der Westseite des Hafens in Lindau
► **STATIONEN:** ca. eine Stunde Fussweg

Pulverturm, Luitpoldkaserne
VON DER KASERNE ZUM BILDUNGSZENTRUM – EIN WEG ZUM FRIEDEN?
Peterskirche
EINE KRIEGERGEDÄCHTNISSTÄTTE MAHNT ZUM FRIEDEN
Altes Rathaus
VALENTIN HEIDER - EIN DIPLOMAT DES FRIEDENS VOR 370 JAHREN
Inselhalle: 15:15 bis 17:15 Uhr
LINDAU WILL DER OPFER VON BAZIEN GEDENKEN (Frankreich, 1914)

Zum Abschluss

GERECHTIGKEIT SCHAFFT FRIEDEN
Arne Engeli, Politologe und in der Friedensarbeit engagiert, Rorschach

FRIEDENSLIEDER UND MUSIK: Toggenburger Klang-Trio
mit Peter Roth, Ferdi Rauber und Sonja Lieberherr-Schnyder
APÉRO / KOLLEKTE zur Deckung der Unkosten

DETAILPROGRAMM www.friedensrat.ch / info@friedensrat.ch

VERANSTALTER:  SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

UNTERSTÜTZT VON: 

ches Uran braucht, um eine wirksame Waffe zu bauen, sondern nur eine Bauleitung im Internet, dann könnten in der Tat eine kleine Terrorzelle oder ein von einem grössenwahn-sinnigen Diktator geleiteter Kleinstaat zur globalen Bedrohung werden.

Fiktion? Schon heute bauen Do-it-yourself-Biologen, sogenannte Biohacker, in ihren Garagen Biotechnologie-Labors auf. Sie bauen Mikroskope für 80 US-Dollar oder Maschinen, die das Erbgutmolekül DNS entschlüsseln ab 195 US-Dollar. Viele von ihnen wollen sogar künstliche Zellen herstellen. Solche Kunstorganismen stellen sich Forscher als Mini-Biofabriken vor, die durch künstlich hergestelltes Erbgut programmiert werden, ihre Nahrung in Biokraftstoffe, Medikamente oder andere nützliche Chemikalien umzuwandeln – eine gewinnbringende Verdauung gewissermassen. Diese Forschung lässt sich den Nanotechnologien zuordnen, da die Grösse der Komponenten der künstlichen Organismen im Nanomassstab liegt.

Die Kehrseite der Medaille: Do-it-yourself-Biologen könnten in ihren Garagen mit den Methoden der synthetischen Biologie Krankheitserreger oder biologische Waffen herstellen. Nanotechnologien können also das Leben und die Unversehrtheit von Soldaten im Feld oder von UN-Blauhelmen schützen. Sie können aber auch die militärischen Gleichgewichte in der Welt ins Wanken bringen und haben das Potenzial, Grössenwahnsinnigen wirkungsvolle Waffen in die Hand zu geben. Nano und Militär – ein Thema, das die Gesellschaften nicht links liegen lassen sollten.

Quelle: Greenhouse Infopool

www.volunteer.ch

Entdecke die Welt von einer anderen Seite!

Mit dem SCI - Internationale Freiwilligeneinsätze seit 1920.



 **SCI Schweiz**
Volunteering for Peace

KRIEG ÄCHTEN FRIEDEN SCHAFFEN



FOTO: PETER WEISHAUPT / UWE PESCHKA

BODENSEE-FRIEDENSWEG 2014 IN LINDAU
OSTERMONTAG, 21. APRIL | 13:00 – 17:15 UHR

FRIEDENSZEITUNG

Die neue Friedenspolitische Zeitschrift des Schweizerischen Friedensrates



Seit zweieinhalb Jahren erscheint die neue **FRIEDENSZEITUNG**: Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedenthemen und -arbeit mit Friedens-Veranstaltungskalender viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt zuschupfern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch